

SPARTAKIST 4

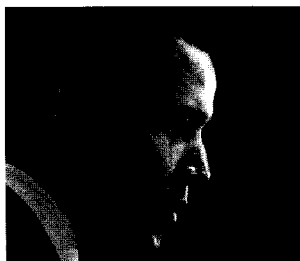
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 172

Juli 2008

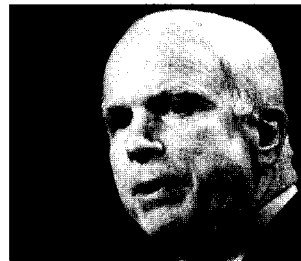
€ 0,50

Amerikanische Trotzlisten erklären:



cnn.com

Barack Obama, John McCain:



Steve Marcus/Las Vegas Sun

Klassenfeinde von Arbeitern, Schwarzen, Unterdrückten



AFP

Links: Verzweifelte Opfer des Hurrikans Katrina versuchen den grauenvollen Zuständen im Superdome von New Orleans zu entkommen, September 2005. Rechts: UAW-Streikpostenkette vor GM-Werk in Flint, Michigan, während des zweitägigen nationalen Streiks vom September 2007



Ryan Garza/Flint Journal

Der nachfolgend abgedruckte Artikel wurde am 17. April von *Workers Vanguard*, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., veröffentlicht. Er wurde am 19. April in Philadelphia bei der Demonstration „Freiheit für Mumia“, initiiert von der International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal, verteilt, sowie auf dem vom Partisan Defense Committee und der Labour Black League initiierten Einheitsfrontprotest für Mumias Freiheit in Oakland am

gleichen Tag. In der Zwischenzeit hat Barack Obama die Vorwahlen der Demokratischen Partei gewonnen und Hillary Clinton ist als Präsidentschaftskandidatin ausgeschieden.

* * * * *

Die Präsidentschaftswahlen von 2008 werden schon als „historisch“ bezeichnet. Erstmals ist der Kandidat der Demokratischen Partei entweder ein Schwarzer, Barack

Fortgesetzt auf Seite 14

**Demokraten: die andere Partei von Imperialismus und Rassismus!
Für eine klassenkämpferische Arbeiterpartei!**

KfsV-Erklärung zu Spenden für Mumia Abu-Jamal

Antikommunistische Verleumdung untergräbt Kampf für Mumias Freiheit

Die nachfolgend abgedruckte Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung wurde am 29. Juni veröffentlicht. Das KfsV ist eine Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, verbunden mit der Spartakist-Arbeiterpartei.

Am 27. März entschied das Dritte Bundesberufungsgericht, die abgekartete Verurteilung Mumia Abu-Jamals aufrechtzuerhalten, und verdammt ihn so entweder zur Hinrichtung oder zum langsamen Tod einer lebenslangen Gefängnisstrafe. Die Gerichtsentscheidung unterstreicht wieder einmal, dass von den kapitalistischen Gerichten keine Gerechtigkeit für Mumia zu erwarten ist, der nach wie vor in der Todeszelle sitzt. Als Antwort darauf hielten das Partisan Defense Committee und die mit ihm brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen international Einheitsfrontproteste ab und initiierten in den darauf folgenden Wochen eine Reihe von Einheitsfrontdemonstrationen unter den Losungen: „Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ Zusätzlich organisierten wir in Deutschland und anderswo klassenkämpferische Verteidigungsblöcke bei Protesten, die von anderen organisiert wurden.

In einem kurz vor der Gerichtsentscheidung ins Netz gestellten Internetposting wurde das Partisan Defense Committee zusammen mit der ihm brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisation in Deutschland, dem Komitee für soziale Verteidigung, zur Zielscheibe einer gemeinen und arglistigen Verleumdung. Ein Posting eines gewissen „Hans“ bei Indymedia Deutschland, mit dem Titel „Grobe Ungenau-

igkeiten oder böse Absicht?“, unterstellt verleumderisch – neben anderen Lügen und Erfindungen –, das PDC und das KfsV hätten Geld für die Rechtsverteidigung von Mumia Abu-Jamal gesammelt, ohne es an seine Anwälte weiterzugeben. In Anlehnung an Schmutzkampagnen bürgerlicher Boulevardzeitungen legt Hans – wer er auch ist und mit wem er auch zusammenarbeitet – keinerlei Beweismaterial für seine Verleumdung vor, denn es ist eine unverschämte Lüge. Wir fordern einen sofortigen öffentlichen Widerruf.

Wir haben eine 20-jährige Vergangenheit im Kampf für die Verteidigung Mumias, und viele von denen, die seinen Fall aufgegriffen haben, erfuhren davon erstmals durch unsere internationalen Bemühungen. Das PDC und mit ihm brüderlich verbundene Verteidigungsorganisationen international sammelten seit den frühen 90er-Jahren Geld für Mumias Rechtsverteidigung, unabhängig

davon, wer im Verteidigerteam saß. Jeder Cent, der durch zweckgebundene Spenden für die Rechtsverteidigung gesammelt wurde, ging an den von Mumias Anwälten eingerichteten Verteidigungsfonds. Seit 2004 hat allein das KfsV 2500 Dollar überwiesen. Ein Beispiel für unsere Spendenbemühungen, seit Robert Bryan als Mumias Hauptverteidiger fungiert, kann man in unserer vierseitigen Flugschrift *Mumia ist unschuldig: Freiheit für Mumia Abu-Jamal!* sehen, die vom PDC und den ihm brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen in acht Sprachen veröffentlicht wurde. Von der englischen Ausgabe dieser Flugschrift wurden fast 100 000 Exemplare gedruckt, von der deutschen fast 20 000, und wir verteilten sie bei Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen, Treffen von Bürgerrechtsorganisationen und Linken, an Universitäten und in Minderheiten- und Immigrantenvierteln. Die Flugschrift enthält eine halbseitige Kampagnenanzeige, die besonders hervorhebt: „Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht! Spendet noch heute an ‚National Lawyers Guild Foundation‘ (Stichwort ‚Mumia‘), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10 159“ – der von Mumias Anwälten eingerichtete Fonds. Die gleiche Anzeige erscheint regelmäßig in Pressepublikationen der Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga, wie dem *Spartakist* in Deutschland und dem zweiwöchentlichen *Workers Vanguard* in den USA, und in den Publikationen des PDC, des KfsV und unserer brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisationen. Das sind in jüngster Zeit u.a. die Broschüre *Murdered by Mumia: Große Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmords*, eine detaillierte Widerlegung der verlogenen Anklage der Staatsanwaltschaft, die wir veröffentlichten, um den gemeinen Lügen von Maureen Faulkners Buch entgegenzutreten, das dem legalen Lynchmord an Mumia den Weg zu ebnen versucht, und die *Class Struggle Defense Notes* Nr. 35 (Frühjahr 2008). Wir ha-

Grobe Ungenauigkeiten oder böse Absicht?

Hans 01.03.2008 - 22:00

Die in diesem Artikel angeführte Konto Nummer des KFSV steht nicht in Verbindung mit Mumias Verteidigungsteam um Robert R. Bryan. Wer für Mumias Verteidigung spenden möchte und dabei sicher sein will, dass das Geld auch dort ankommt, sollte das hier tun: <http://www.freedom-now.de/news/artikel327.html>

Die im Artikel erwähnte Rachel Wolkenstein ist seit 1999 nicht mehr Mumias Verteidigerin. Es ist eine Frecheit, so wie in dem Artikel den Eindruck zu erwecken, sie spreche in irgendeiner Form für Mumia.

Ansonsten werden die Verfasser_innen dieses Artikels auch an vielen anderen Stellen nicht müde, als Beweis für Mumias Unschuld ausgerechnet nur den am wenigsten abgesicherten um den Berufskiller A. Beverly zu erwähnen.

Das entspricht nicht Mumias Verteidigungsstrategie. Ausserdem gibt es Dutzende treffenderer Beweise, die zumindest eins ganz deutlich machen: Mumia wurde 1981 nicht verurteilt, weil ihm ein Verbrechen bewiesen worden ist, sondern weil Staatsanwaltschaft und Richter ein politisches Interesse daran hatten sowie die Macht, die Jury dementsprechend zu beeinflussen. (Hintergründe: <http://de.indymedia.org/2007/11/300552.shtml>)

de.indymedia.org

Antikommunistische Internetschmiererei gegen KfsV

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Der Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 29. Juni 2008

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



Wenn Gerichte irren

Wir sind oft überrascht, wenn Gerichte irren. Aber warum?

Weil wir erwarten, dass sie das Richtige tun – und darin liegt die Überraschung.

Denn wenn die Geschichte irgendein Maßstab ist, sollten wir alle überrascht sein, wenn sie das Richtige tun. Denn Gerichte sind politische Institutionen, und in der Politik geht es selten um richtig oder falsch; es geht um Macht. Darum, wer sie hat – und wer sie nicht hat.

Gerichte wurden geschaffen, um den Reichtum und das Eigentum der Mächtigen zu schützen, nicht der Machtlosen; und jede aufrichtige Interpretation der Rechtsgeschichte führt zu dieser Schlussfolgerung.

Hier in diesem Land waren Gerichte Orte für Sklavenhalter, nicht für Sklaven, und die Worte eines „Justice“ [bedeutet sowohl Richter als auch Gerechtigkeit] am Obersten Gerichtshof von North Carolina, Thomas Ruffin, sind aufschlussreich, da er veranschaulicht, was dem Gesetz im Jahr 1829 zugrundeliegt: „Die Macht des Herren muss absolut sein, um die Unterwerfung des Sklaven vollkommen zu machen... Als moralisches Rechtsprinzip muss dies jeder, der in der Zurückgezogenheit lebt, ablehnen. Aber bei der tatsächlichen Lage der Dinge *muss es so sein*.“*

Die meisten von uns haben von dem berühmten Dred-Scott-Fall (1857) gehört [der Richter urteilte, Schwarze hätten „keine Rechte, die der weiße Mann respektieren muss“]. Aber wer weiß schon, dass eine Generation vor der Entscheidung über Dred eine Urteilsbegründung des Obersten Gerichts von Pennsylvania im Grunde dasselbe sagte? In *Hobbs vs. Fogg* (1837) urteilte das höchste Gericht des Bundesstaates, dass Schwarze nicht unter die Verfassung fallen und daher nicht wählen dürfen.

Und obwohl Dred Scott ein Anlass eines Krieges wurde [Amerikanischer Bürgerkrieg 1861–65], waren es nach Kriegsende gerade die Gerichte, die in Fällen wie *Plessy vs. Ferguson*

(1896) die Rassentrennung, Diskriminierung und Unterdrückung von schwarzen Menschen aufrechterhielten – *selbst wenn sie damit grob gegen die Worte, die in der Verfassung stehen, verstießen*.

Wir halten das gerne für uralte Geschichte; das war damals – nicht heute. Aber genau das sind die Fundamente, auf denen Amerika errichtet wurde.

Mein Vater wurde ein Jahr nach der *Plessy*-Entscheidung geboren, und er lebte fast sein ganzes Leben unter deren grausamen Einschränkungen.

Das Gesetz hat sich nur bewegt, wenn Menschen sich organisiert haben, um das zu bewirken. Der große Abolitionist [Kämpfer für die Abschaffung der Sklaverei], Freiheitskämpfer und Aufwiegler Frederick Douglass lehrte: „Die Macht gibt nie etwas her, wenn man es nicht einfordert... Sie hat es nie getan – *und wird es niemals tun*...“

Soziale Bewegungen auf der Straße brachten *Plessy* zu Fall, nicht Gerichtsprozesse.

Menschen, die sich organisierten, erschütterten den Status quo, nicht nette Worte, getippt auf blütenweißes Papier.

Wenn Menschen sich organisieren, *schaffen* sie Veränderung.

5. April 2008

© 2008 Mumia Abu-Jamal

*Quelle: Apotheker, Herbert, *American Negro Slave Revolts* [Aufstände amerikanischer schwarzer Sklaven], International Publ., New York, 1943 (1987), S. 66

Sendet dringend benötigte Beiträge für Mumias Rechtsverteidigung, ausgestellt auf „National Lawyers Guild Foundation“ und mit Verwendungszweck „Mumia“, an: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159.

Wenn ihr mit Mumia korrespondieren wollt, schreibt an: Mumia Abu-Jamal, AM8335, SCI Greene, 175 Progress Drive, Waynesburg, PA 15370.

ben eine lange und stolze Geschichte finanzieller Verantwortlichkeit und veröffentlichen in *CSDN* eine Liste der erhaltenen Spenden und einen finanziellen Rechenschaftsbericht der Einnahmen und Ausgaben.

Hans' große Lüge erschien als „Kommentar“ zu einem Indymedia-Posting der Presseerklärung des PDC, einem Protest gegen die Abweisung einer Berufung Mumias durch den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania am 19. Februar (www.partisandefense.org/pubs/deutsch/2008-02-21.html). Die Presseerklärung berichtete über die Weigerung des Gerichtes, Beweismaterial im Zusammenhang mit den Falschaussagen von Schlüsselzeugen in Mumias abgekartetem Prozess zu hören und enthielt einen Link zum PDC-Faktenblatt (www.partisandefense.org/pubs/deutsch/faktenblatt1231.html).

Hinter Hans' Verleumdung unserer finanziellen Gewissenhaftigkeit steckt eine Politik. Hans stimmt darin nicht mit uns überein, dass die kapitalistischen Gerichte Mumia keine faire Behandlung angedeihen lassen werden, und tatsächlich erklärt Hans an keiner Stelle, dass Mumia unschuldig ist. Es gibt einen wachsenden Berg neuen Beweismaterials nicht nur für Mumias Unschuld, sondern auch dafür, dass Polizei und Staatsanwaltschaft Beweise fälschten und unterdrückten. Zeugen nötigten und ein monumentales Komplott schmiedeten. Dazu gehören der Zeuge William Singletary, der aussagte, dass Mumia nicht der Schütze gewesen sei; die Zeuginnen Veronica Jones und Pamela Jenkins, die aussagten, dass die

Zeugen der Anklage zum Lügen genötigt wurden; forensisches Beweismaterial, das belegt, dass die Geschichte der Staatsanwaltschaft über den Ablauf der Schießerei frei erfunden war; die eidesstattliche Erklärung von Arnold Beverly, dass er, und nicht Mumia, Officer Faulkner erschossen hat.

Die Presseerklärung, die Hans so missfiel, erklärte unumwunden: „Der einzige Druck, der bei den kapitalistischen Herrschern und ihren Gerichten Wirkung zeigen wird, ist die Furcht vor den Konsequenzen einer Hinrichtung oder lebenslänglichen Einkerkerung Mumias. Es bedurfte einer Kampagne internationaler Massenproteste unter maßgeblicher Beteiligung von Gewerkschaftern, um im Jahre 1995, als Mumia von einem Hinrichtungsbefehl bedroht war, dem Henker in den Arm zu fallen.“ Wogegen Hans etwas hat, ist unser Bestehen auf einer klassenkämpferischen Verteidigung und unsere Entlarvung des reformistischen Programms des Vertrauens auf die bürgerlichen Gerichte, also unser Kampf gegen die Demobilisierung von Mumias Unterstützern, die einmal in die Hunderttausende gingen.

Wie PDC-Rechtsanwältin Rachel Wolkenstein, die 1995–1999 in Mumias Anwaltsteam arbeitete, auf einer Veranstaltung des Komitees für soziale Verteidigung im Mai 2007 in Berlin erklärte: „Stattdessen versuchte die reformistische Linke, die politische Mobilisierung in Verteidigung Mumias zu beschränken auf einen Appell an die Fairness der Gerichte. Sie appellieren an bürgerliche liberale Kräfte, die Mumias Fall nicht als politisches und rassistisches Komplott gegen



Spartakist

Berlin, 12. April: KfsV-Block bei Demo für Mumias Freiheit

einen unschuldigen Mann sehen, sondern als vereinzelt „Justizirrtum“, eine Anomalie, die den demokratischen Prozess zu beschmutzen droht... Ihr Zweck ist, die Unverletzlichkeit des bürgerlichen Staats zu propagieren. Das bedeutet, Mumias Unschuld zu leugnen. Es bedeutet, das Ausmaß des staatlichen Komplotts und den Grund dafür zu leugnen. Das alles dient dazu, diejenigen, die zu Mumias Fall hingezogen wurden, politisch zu entwaffnen und zu demobilisieren. Diese Politik hatte die Auswirkung, eine internationale Massenbewegung zu demobilisieren. Es bedeutete, genau die Gründe abzulehnen, aus denen Millionen Menschen auf der ganzen Welt Mumias Fall aufgegriffen haben: Abscheu vor der Ungerechtigkeit, die dem Kapitalismus eigen ist – Armut, rassische Unterdrückung und ethnische Vorurteile, Krieg; Identifikation mit Mumias Kampf gegen „das System“ und für Gerechtigkeit für die gesamte Menschheit.“

Die antikommunistischen Verleumdungen, mit denen Hans heute hausieren geht, haben eine lange Tradition, die bis zur antikommunistischen Opposition gegen die klassen-

kämpferische Strategie zurückreicht, für die im Kampf um die Freiheit von Sacco und Vanzetti die International Labor Defense (ILD) eintrat. Diese beiden anarchistischen immigrierten Arbeiter waren unschuldige Männer, die 1927 in Massachusetts hingerichtet wurden. Während die mit der Kommunistischen Partei (KP) und der Internationalen Roten Hilfe der Kommunistischen Internationale verbundene ILD für Einheit in der Aktion kämpfte, führte sie einen politischen Kampf gegen tödliche Illusionen in die kapitalistischen Gerichte – ein notwendiger Kampf, um in politischen Streiks und Massenprotesten die Macht der Arbeiterbewegung für Sacco und Vanzetti zu mobilisieren. Die Liberalen, Anarchisten und Sozialdemokraten konterteten, indem sie lügenhafte Anschuldigungen erhoben, die KP und die ILD hätten Gelder für die Rechtsverteidigung gesammelt, die nicht weitergeleitet wurden. Die Verleumdungen gegen die ILD wurden damals von der bürgerlichen Presse schadenfroh aufgegriffen und werden bis zum heutigen Tag nachgebettet. In seiner Antwort auf die infame falsche Anschuldigung bemerkte der *Labor De-*

fender der ILD (Oktober 1927), dass diese Verleumdung nur „dem Justizministerium und anderen Agenturen, die den Mord an Sacco und Vanzetti vollstreckt hatten“, nützt, die nun zu verhindern hofften, dass die Protestbewegung „in den Kampf für die anderen Opfer des Systems abgekarteter Anklagen, die sich jetzt im Gefängnis befinden oder ihrem Prozess entgegensehen, hineingezogen wird“ (siehe „Lehren des Kampfes für die Freiheit von Sacco und Vanzetti,“ www.partisandefense.org/pubs/deutsch/saccovanzetti.html).

Die Entscheidung des Dritten Berufungsgerichtes unterstreicht die Notwendigkeit, die Demobilisierung von Mumias Unterstützern umzukehren und eine Mobilisierung in den Betrieben, an den Universitäten und auf den Straßen voranzubringen. Wir kämpfen für Massenproteste, die sich auf die Arbeiterklasse stützen und die sofortige Freiheit für Mumia, einen unschuldigen Mann, fordern. Hans' schmähliche Verleumdung kann nur den rassistischen Kräften von „Recht und Ordnung“ nützen, die den legalen Lynchmord an Mumia vorbereiten.■

Schließt euch der Kampagne an: Freiheit für Mumia!

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia-Rechtsverteidigung“. Spenden an das KfsV, die mit „Mumia-Rechtsverteidigung“ gekennzeichnet sind, sowie Sammlungen des KfsV für Mumias rechtliche Verteidigung, werden quittiert und ohne Abzüge an das NLGF-Konto geschickt, das von Mumias Rechtsanwalt zu diesem Zweck bestimmt wurde.

Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.

Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Kampagnenmaterial: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 10,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf www.partisandefense.org).

Holt Euch die Fakten!

Das neue PDC-Faktenblatt „Große Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmordes“, erhältlich auf Deutsch (€ 0,20/Stück, € 5,-/30 Stück), Englisch und Französisch (€ 0,50/Stück, € 10,-/30 Stück)

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen
November 2008

Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen
Januar 2008

Mumia ist unschuldig! Freiheit jetzt!

Proteste kontern Kampagne für Hinrichtung
Siehe Seite 2

Erklärung von Mumia Abu-Jamal
Siehe Seite 4

PDC-Faktenblatt

GROSSE LÜGE
WUNDERED BY MUMIA
IM DIENSTE DES
STAATLICHEN LYNCHMORDS

Siehe Seite 5

KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 01, Fax: (0 30) 4 43 94 02
E-Mail: kfsv@online.de www.partisandefense.org

Bankverbindung: Werner Brand,
Commerzbank Berlin,
Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00

Von Daimler gefeuert, von Gewerkschaftsbossen verraten

USA: Sofortige Wiedereinstellung der Freightliner Fünf!



Fotos: Allen Bradley

Links: Von UAW-Funktionären gerufener Bulle befiehlt Allen Bradley (rechts) und anderen der Freightliner Fünf, das Gewerkschaftshaus in North Carolina zu verlassen. Rechts: Bradley wird verhaftet

Nachfolgend abgedruckter Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 915 (23. Mai 2008), Zeitung der SL/U.S.

Fünf Aktivisten des Ortsverbandes 3520 der Autoarbeitergewerkschaft United Auto Workers (UAW) wurden entlassen, weil sie im April 2007 im Freightliner-LKW-Werk in Cleveland, North Carolina, das Daimler gehört, einen Streik führten. Seither kämpfen sie um ihre Wiedereinstellung. Robert Whiteside, Allen Bradley, Franklin Torrence, Glena Swinford und David Crisco, bekannt als die „Freightliner

Nein zur Klage gegen die UAW!

Regierung, Hände weg von Gewerkschaften!

Fünf“, waren Mitglieder des elfköpfigen Verhandlungsausschusses des Ortsverbandes, der den Streik initiiert hatte, nachdem der Betrieb versucht hatte, ihnen einen Tarifvertrag mit Kürzungen aufzudrücken. Nachdem der Kampf begonnen hatte, schaltete sich die UAW International ein, um die Drecksarbeit für das Unternehmen zu tun, sie sabotierte den Streik und startete dann eine Kampagne, um die Fünf aus der Gewerkschaft hinauszutreiben. Die gesamte Arbeiterbewegung muss den Fall der Freightliner Fünf aufgreifen und fordern, dass sie ihre Jobs zurückbekommen und dass sie ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft und -funktionen wiederherhalten. Ein Sieg in diesem Kampf würde die Sache der gewerkschaftlichen Organisation im US-Süden voranbringen, wo es so gut wie keine gewerkschaftlich organisierten Betriebe gibt.

Während der Rechtsstreit um ihre Wiedereinstellung in einem Schlichtungsverfahren festhängt, haben die Fünf in

den letzten Monaten das Land bereist, um Solidarität zu organisieren. Als Reaktion darauf verabschiedeten Gewerkschaftsortsverbände (Locals) Resolutionen zur Unterstützung der Freightliner Fünf, und eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären, darunter der AFL-CIO-Chef von South Carolina, haben sich für sie ausgesprochen. Doch es gibt keine echte Verteidigungskampagne für die Freightliner Fünf durch die Gewerkschaftsbewegung, wozu auch die Mobilisierung von Gewerkschaftsmitgliedern in der Region gehören würde.

Inzwischen haben die Freightliner Fünf – umgeben von Typen wie Ellis Boal von den sozialdemokratischen *Labor Notes*, einem verachtenswerten Anwalt, der Gewerkschaften verklagt, und von der reformistischen International Socialist Organization (ISO) – vor zwei Wochen einen Prozess gegen die UAW vor einem Bundesgericht angestrengt. Dieses Vorgehen ist entgegengesetzt zu ihrer eigenen Verteidigung und zu dem gewerkschaftlichen Kampf, den sie verfechten. Wir lehnen es aus Prinzip ab, Gewerkschaften zu verklagen, denn wir sind gegen jegliche Intervention des kapitalistischen Staates in die Arbeiterbewegung. Eine Einladung an den Klassenfeind, sich in der Gewerkschaftsbewegung einzumischen, setzt die Gewerkschaften der Kontrolle durch die Bosse aus. Der Richter reagierte in diesem Fall schnell und ordnete an, dass Local 3520 Finanzunterlagen und andere Dokumente vorlegt. **Die Gewerkschaftsbewegung muss selber ihr Haus sauber halten! Kapitalistische Regierung und staatliche Institutionen, Hände weg von den Gewerkschaften!**

Grund dafür, dass die UAW-Bürokraten die Freightliner Fünf verrieten, ist die Politik der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsbosse. Seit Eröffnung der Fabrik im Jahre 1989 hat das freiwillige Organisationskomitee, dem vier der

Fünf angehört, unermüdlich daran gearbeitet, die UAW in den Betrieb zu holen. Local 3520 wurde schließlich im Jahre 2003 gegründet, nachdem Lohnkürzungen und steigende Beiträge zur Gesundheitsversorgung Arbeiter anspornten, in die Gewerkschaft einzutreten. Doch ohne Wissen der Arbeiter hatte die UAW International mit dem Unternehmen eine geheime „Vorabsprache“ getroffen, in der sie bei Löhnen und Versorgungsleistungen bedeutende Zugeständnisse machte als Gegenleistung dafür, dass die Betriebsleitung „Neutralität“ wahren sollte gegenüber gewerkschaftlicher Organisationsarbeit bei Freightliner-Betrieben in Carolina. Damals saß der UAW-Chef Stephen Yokich im DaimlerChrysler-Aufsichtsrat, ebenso wie später sein Nachfolger Ron Gettelfinger, bis Daimler im letzten Frühjahr Chrysler verkaufte.

Die UAW-Führung predigt Vertrauen in die „Neutralität“ der Unternehmen, bindet gleichzeitig die Arbeiter an den Klassenfeind, vor allem durch Unterstützung für die kapitalistische Demokratische Partei, und lehnt es ab, die Art von Klassenkampfaktiven anzuwenden, durch die die Gewerkschaft überhaupt erst aufgebaut wurde: Massenstreikposten, Betriebsbesetzungen, Boykottaktionen durch andere Gewerkschaften. Während die US-Autobosse Jobs vernichten und Fabriken schließen, wettet die UAW-Bürokratie gegen das „Outsourcing“ von Jobs und propagiert so giftigen protektionistischen Chauvinismus. Dies führte zu einer Streikniederlage nach der anderen, auch durch Zugeständnisse an die Bosse, um US-Unternehmen „wettbewerbsfähiger“ zu machen. Zum Beispiel unterschrieben die UAW-Führer nach einem 12-wöchigen Streik bei American Axle eine vorläufige Ausverkaufsvereinbarung, die massive Lohnkürzungen, Fabrikschließungen und andere Zugeständnisse vorsieht. Um vorwärtszukommen, ist es nötig, Klassenkampf zu führen und international Gewerkschaftssolidarität zu schmieden.

In der Freightliner-Fabrik in Cleveland fiel die UAW-Führung ihren eigenen Organisatoren in den Rücken, um ihre Vorabsprachen-Kungelei durchzusetzen! Im Jahr 2006 fuhr das Unternehmen Rekordprofite ein. Doch als der erste Tarifvertrag Anfang 2007 auslief, waren die Bedingungen dieser Vorabsprache weiterhin gültig. Als nationale Tarifvertragsverhandlungen mit den „Großen Drei“ Autoherstellern anstanden, wozu damals DaimlerChrysler gehörte, arbeitete die UAW International hinter den Kulissen mit dem Unternehmen zusammen, um den Freightliner-Arbeitern einen neuen Vertrag mit verschlechterten Bedingungen

reinzuzwängen.

Doch der örtliche Verhandlungsausschuss lehnte das „letzte Angebot“ des Unternehmens einmütig ab, das viele Gesundheits- und Sicherheitsfragen offen ließ, und zwar in einer Fabrik, wo die Arbeiter gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt und die Verletzungsraten hoch sind. Die Zugeständnisse, die gefordert wurden, beinhalteten unter anderem eine zweistufige Lohnstruktur, die neuere Arbeiter gegen Arbeiter mit längerer Betriebszugehörigkeit ausspielt. Solche mehrstufigen Lohnmodelle gehen auch Hand in Hand mit rassistischer Diskriminierung. In der Fabrik in Cleveland arbeiten auf fast allen Arbeitsplätzen der „obersten Stufe“ weiße Männer, und die Betriebsleitung versucht regelmäßig, Spaltungen entlang von Rassen- und Geschlechterlinien zu verstärken. Die Gewerkschaftsbürokraten akzeptieren solche Diskriminierungen; die Gewerkschaften müssen sich dagegenstellen und dafür kämpfen, die Pläne der Bosse, Arbeiter gegeneinander auszuspielen, zu zerschlagen.

Als Freightliner die Verhandlungen abbrach und den Arbeitern mitteilte, es gäbe keinen gewerkschaftlichen Tarifvertrag mehr, der ihnen Schutz bietet, initiierte der örtliche Verhandlungsausschuss den Streik. Die UAW International weigerte sich, den Streik anzuerkennen, und der Vorsitzende von Local 3520, George Drexel, schickte den Arbeitern eine Voicemail und blies den Streik ab. Kurz darauf entließ Freightliner die elf Mitglieder des Verhandlungsausschusses. Sechs der elf wurde später gestattet, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren, aber erst, nachdem sie Vereinbarungen über „vorbildliches Arbeiten“ unterschrieben hatten sowie eine Erklärung, dass die Fünf sie zum Streikaufruf verführt hätten. Währenddessen lehnten die Arbeiter den vorgeschlagenen Vertrag ab, der nicht die vom Verhandlungsausschuss angestrebten Gesundheitsvorsorge- und Sicherheitsverbesserungen enthielt. Um ihn doch durchzubekommen, kündigte Freightliner Entlassungen an und Drexel & Co. inszenierten eine zweite Abstimmung auf dem Betriebsgelände, von der die Fünf ausgeschlossen waren.

Drexel fungierte als Agent für die UAW International und verstärkte weiter die Angriffe auf die Fünf. Letzten November gab es einen Versuch, sie in einem internen Gewerkschaftsverfahren von ihren Gewerkschaftsfunktionen zu suspendieren. Doch sie wurden *freigesprochen*, was zeigt, wie breit die Unterstützung für diese Gewerkschaftsführer unter den Mitgliedern ist. Anfang des Jahres verkündete Drexel dann dreist, die Fünf seien keine Gewerkschaftsmitglieder mehr, da sie mit ihren Beiträgen im Rückstand seien, obgleich der

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

4

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Jahresabo: € 4,-

Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

172

Bestellt bei:
 Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

NEU!
SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung

der ICL

Deutsche Ausgabe
Nr. 26, Frühjahr 2008

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

NUMMER 26 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2008 € 1,50

V. Internationale Konferenz der ICL

Die Aufrechterhaltung eines revolutionären Programms in der nachsozialistischen Periode

Auszüge aus dem Hauptdokument der V. ICL-Konferenz

Mieder mit Exklusivinterview 22

China und die russische Frage 25

Rezension einer Biografie von Bryan Palmer:

James P. Cannon

und die Ursprünge der revolutionären Linken in Amerika, 1890-1929

James P. Cannon in Moskau, 1920

Rede: „Wir wollen, dass die Komintern ihre IRL“ 51

Dokument: Die amerikanische Frage 58

Spartakist-Gruppe Polens wiedergegründet 2

Diana Kartsen, 1948-2007 4

Frauen und Revolution

Aus der Redeweise des Marxismus: Rede von Leo Trotzki, 1923

Der Kommunismus und die Frauen des Ostens

SEITE 54

örtliche Kassierer ihnen zuvor bestätigt hatte, dass all ihre Beiträge gezahlt waren. Drexel schloss sie aus der Versammlung des Ortsverbandes am 16. Februar aus und rief sogar die Bullen, um sie rauswerfen zu lassen. Allen Bradley wurde wegen Hausfriedensbruchs verhaftet, ihm droht immer noch eine Gefängnisstrafe. Das ist ein Skandal! Die Bullen, die Gewerkschaften zerschlagen und die Vollstrecker des rassistischen amerikanischen Kapitalismus sind, haben bei einer Gewerkschaftsversammlung oder in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen. **Die Anklagen müssen sofort fallengelassen werden! Bullen raus aus den Gewerkschaften!**

Weil die UAW International ein gewerkschaftsinternes Verfahren zur Wiederherstellung ihrer Mitgliedschaft endlos in die Länge zog, klagten die Freightliner Fünf vor den kapitalistischen Gerichten, um die Gewerkschaft dazu zu zwingen, ihre Mitgliedschaft wieder in Kraft zu setzen. Aber eins muss klar sein: Bullen und Gerichte sind direkte Agenten des Klassenfeindes, zentrale Bestandteile des kapitalistischen Staates, der existiert, um die Herrschaft und die Profite der Bourgeoisie zu verteidigen. Wäre der Streik bei der Fabrik in Cleveland fortgesetzt worden, dann wären die Bullen vor den Streikpostenkettens aufmarschiert, sie hätten Streikbrecher eskortiert, und die Gerichte hätten Verfügungen herausgegeben, um den Streik zu brechen. Erbitterte, blutige Kämpfe waren nötig, um die Gewerkschaften aufzubauen – gegen die Kapitalisten und ihre Bullen, Gerichte und Truppen, ebenso wie gegen Armeen privater Sicherheitsleute und den Ku-Klux-Klan.

Zu den Unterstützern der im April vom Partisan Defense Committee initiierten Einheitsfrontproteste, die Freiheit für Mumia Abu-Jamal forderten, gehörten auch vier der Freightliner Fünf. Glenna Swinford sprach machtvoll bei der Kundgebung in Chicago: „Das Justizsystem hat ihn im Stich gelassen, doch er kämpft weiter für seine Freiheit, und wir, die Freightliner Fünf, werden weiterhin für unsere kämpfen.“ Die Gerichte, die Mumia über 25 Jahre lang in der Todeszelle festgehalten haben, sind auch die Feinde der Gewerkschaften und der Arbeiter, die sich am Klassenkampf beteiligen. Es ist falsch, dass die Freightliner Fünf, Gewerkschaftsführer und Bürgerrechtsaktivisten, ihre Auseinandersetzung mit der verkommenen und korrupten UAW International vor die kapitalistischen Gerichte tragen.

Tatsächlich hatten im Jahre 2006 gewerkschaftsfeindliche Freightliner-Arbeiter gegen die UAW einen RICO-Prozess wegen organisierter Kriminalität angestrengt. RICO [Racketeer Influenced and Corrupt Organizations] war der wichtigste Hebel, durch den sich der kapitalistische Staat in den 80er- und 90er-Jahren durchgreifende Machtbefugnisse über eine Reihe von Gewerkschaften verschaffte. Die von RICO angeregte Übernahme der machtvollen Teamsters durch die Regierung war der Höhepunkt eines jahrzehntelangen Rachefeldzugs des FBI zur Zerschlagung der Gewerkschaft, der in den 60er-Jahren mit dem Demokraten Robert Kennedy begonnen hatte und sich gegen die Gewerkschaft und gegen James Hoffa sen. richtete.

Dabei erhielt das FBI Hilfe von der Gewerkschafts„opposition“ Teamsters for a Democratic Union (TDU, Teamster für eine demokratische Gewerkschaft), in der die ISO und ihr Vorläufer, die International Socialists, aktiv waren (siehe „Association for Union Democracy: Lawyers for Government Union-Busting“ [Vereinigung für Gewerkschaftsdemokratie: Anwälte für staatliche Gewerkschaftszerschlagung], *Workers Vanguard* Nr. 738, 30. Juni 2000). Ellis Boal, ein TDU-Rechtsanwalt, hat jahrzehntelang die Teamsters, die UAW und andere Gewerkschaften vor Gericht gezerrt. Was die ISO angeht, einer der Sponsoren der Rundreisen der Freightliner Fünf, so präsentiert sie die Klage der Freightliner Fünf als Teil „des Kampfes für Demokratie im Local 3520“ (*Socialist Worker*, 14. Mai). Das Ziel der Regierung,

wenn sie Gewerkschaften verfolgt, ist nicht die Beseitigung von Korruption oder die Einführung von „Demokratie“, wie die Pseudolinken gerne behaupten, sondern die Gewerkschaften sollen lahmgelegt und ihrer Macht beraubt werden. Diese Macht hatte sich beim massiven Teamster-Streik gegen UPS 1997 gezeigt. Daraufhin verschärfte die Regierung ihren gewerkschaftsfeindlichen Kreuzzug und jagte den von der TDU unterstützten Teamster-Präsidenten Ron Carey aus der Gewerkschaft (Carey selbst war 1991 unter Schirmherrschaft der US-Regierung in sein Amt eingesetzt worden).



Ellis Boal

Franklin Torrence, Robert Whiteside, Allen Bradley und Glenna Swinford von den Freightliner Fünf vor dem Gewerkschaftshaus von Local 3520

Die Klage der Freightliner Fünf wurde unter dem Landrum-Griffin-Act eingereicht, einem Ergänzungsgesetz zu Taft-Hartley, das 1959 erlassen wurde und hauptsächlich darauf zielte, den Teamsters die Hände zu binden – die tarifvertraglichen Regelungen, die Arbeitern das Recht gaben, die Handhabung bestreikter Güter zu verweigern, wurden für rechtswidrig erklärt. Die Arbeitsgesetze in diesem Land richten sich gegen kämpferische Arbeiter und sollen die Gewerkschaften in Auseinandersetzungen vor Gericht zerren. Wenn ein Gericht zugunsten der Beschwerde eines Arbeiters gegen eine Gewerkschaft entscheidet, so steht dahinter das Ziel, den Würgegriff des Staates auf die Arbeiterbewegung enger zu ziehen und Gewerkschaftsführer hervorzubringen, die ihre Positionen der Regierung verdanken.

Um die Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung zurückzuschlagen, ist es nötig, innerhalb der Gewerkschaften gegen die Klassenzusammenarbeit der prokapitalistischen Irreführer zu kämpfen. Ausgangsbasis dafür muss die **völlige** Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Kapitalisten, deren politischen Parteien und deren Staat sein. Dies ist die Voraussetzung für Gewerkschaftsdemokratie, die wiederum entscheidend dafür ist, den effektivsten Weg für Fortschritte der Arbeiterbewegung herauszuarbeiten. Notwendig ist die Schmiedung einer klassenkämpferischen Führung in den Gewerkschaften als Teil des Kampfes für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft. **Nieder mit Regierungsinterventionen in die Gewerkschaften! Nein zu der Klage gegen die UAW! Sofortige Wiedereinstellung der Freightliner Fünf!**■

Führung von SPD, LINKE, DGB sabotieren antifaschistische Proteste

Hamburg, 1. Mai: Zehntausend demonstrieren gegen Nazi-Provokation

Am 1. Mai versammelten sich in Hamburg-Barmbek 10000 Demonstranten, um gegen die Faschisten zu protestieren, die sich am Tag der Arbeiterklasse am ursprünglich geplanten Ort der Kundgebung des DGB zusammenrotten wollten. Bereits auf ihrer Anreise hatten rund 60 Nazis Waggons eines Regionalzuges aus Pinneberg gekapert und verbreiteten durch die Lautsprecheranlage ihren völkermörderischen Dreck gegen Arbeiter, Immigranten und Linke. Bei der Durchführung ihrer Provokation wurden die Nazis stark durch Autonome und andere Antifaschisten behindert. Die neue schwarz-grüne Regierung jedoch bestand ihre erste gemeinsame Feuertaufe: Sie hetzte ein 2500-köpfiges Polizeiaufgebot auf die linke Demo, das den Nazis den Weg auf einer leicht abweichenden Route bahnte. Der Staat riegelte Barmbek hermetisch ab. Brutal griffen die Bullen mit Wasserwerfern, Räumpanzern und Schlagstöcken die antifaschistischen Demonstranten an. Mehrere Demonstranten erlitten Platzwunden am Kopf, laut *Spiegel online* (2. Mai) landeten mehr als zweihundert in Polizeigewahrsam. Zwei Männer wurden einem Haftrichter vorgeführt. *Nieder mit Staatsrepression gegen linke Demonstranten!*

Während die Führung des DGB und Teile der Gewerkschafts-„Linken“ ihre Mitglieder weg von einer Konfrontation mit den Nazis nach St. Pauli riefen, um dort gemeinsam mit der Kirche ein impotentes Familienfest abzuhalten, mobilisierten andere Teile der Gewerkschaft wie die DGB-Jugend im „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ mit der LINKEN, der VVN-BdA und anderen nach Barmbek, um vor Ort gegen die Nazis zu protestieren. Viele Gewerkschafter waren sich der Bedrohung durch die Nazis bewusst, stimmten mit den Füßen ab und fanden sich massenhaft in Barmbek ein. Doch das Bündnis, das auf dem politischen Programm der Klassenzusammenarbeit beruhte, schürte massiv Vertrauen in den bürgerlichen Staat. So erklärte der Redner des Bündnisses in seiner Rede am 1. Mai: „Heute wird sich erweisen, ob die Beteiligung der Grünen eine zivilisierende Wirkung auf das Vorgehen der Polizei hat oder ob diese weiterhin in den Antifaschisten und Antifaschistinnen ihren Hauptgegner sieht.“ Aber der Staat ist nicht neutral und die Bullen sind nicht, wie das Bündnis glauben machen wollte, potenzielle „Verbündete“. Vielmehr dienen sie der Bourgeoisie und deshalb schützen sie die Faschisten, weil der Faschismus die Reservearmee der Bourgeoisie mobilisiert für den Fall, dass die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage ist, die Arbeiter im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu halten, und die Herrschaft der Kapitalistenklasse akut bedroht ist. Deshalb der bürgerkriegsähnliche Einsatz der „demokratischen“ Bullen zum Schutze der Nazis während und nach der Demo sowie die Kriminalisierung mutiger Nazigeegner.

Bei den Protesten intervenierten wir mit dem nachfol-

gend abgedruckten Flugblatt vom 24. April, in dem wir für eine klassenkämpferische Perspektive, um die Faschisten zu stoppen, argumentierten.

* * * * *

Der geplante Aufmarsch der Nazis am Ersten Mai durch Barmbek, wo der DGB ursprünglich seine Maikundgebung abhalten wollte, ist eine konkrete Bedrohung und Provokation gegen alle, die in das Visier der Nazis geraten. Die Attacken der Faschisten sind die Begleiterscheinung der fortwährenden staatlichen Angriffe auf alle Immigranten, Linken und Arbeiter sowie der rassistischen Kampagnen, wie die kürzlich neu aufgewärmte Debatte von Koch über „kriminelle Ausländer“. Aufgrund solcher Kampagnen fühlen sich die Nazis im Aufwind und es war nur eine Frage der Zeit, wann die Nazis der rassistischen CDU-Kampagne Taten folgen lassen würden, wie beim Anschlag im Dautphetal, wo in der Nacht zum 19. Februar ein Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus verübt wurde. Ekelhafter Chauvinismus in einer Kampagne gegen die Türkei war die Reaktion auf die weitverbreitete Empörung über den Brand in Ludwigshafen, wobei die Bourgeoisie die Opfer rassistischer Unterdrückung zu Tätern machte, indem sie sie als „integrationsunwillig“ denunzierte. Rassismus ist ein integraler Bestandteil des Kapitalismus. Der bürgerliche Staat schürt Rassismus, mit dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“, der der Ausgrenzung und Stigmatisierung von Immigranten und ethnischen Minderheiten mit arabischem/muslimischem Hintergrund dient, was insbesondere hier lebende Türken, Kurden und Palästinenser treffen soll. Dies gehört zur Teile-und-herrsche-Politik der Kapitalisten, die damit die Arbeiterklasse entlang ethnischer Linien spalten wollen, um so gemeinsamen Klassenkampf zu unterminieren und die Unterdrückung aufrecht zu erhalten. Der Kampf gegen Faschismus muss verbunden werden mit dem Kampf gegen den Kapitalismus, der die Faschisten ausbrütet. *Verteidigt Immigranten gegen rassistische Unterdrückung! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“!*

SPD und DIE LINKE, die als sozialdemokratische Parteien durch ihre organische Verbindung zu den Gewerkschaften eine Basis an Arbeitern haben, während ihr Programm völlig pro-kapitalistisch ist, mochten den offenen Rassismus der CDU-geführten Kampagne nicht. Sie teilen jedoch die kapitalistische Logik, die dem rassistischen Inhalt der Kampagne zugrunde lag und kritisierten Koch, er würde nicht für genug „Sicherheit“ sorgen. Ein Wahlflugblatt der LINKEN vom 11. Januar ruft nach der Stärkung des Staats: „Die Einsparungen im Öffentlichen Dienst wirken sich in Hessen auch dramatisch auf die Gerichte, die Bildungspolitik bis hin auf den Polizeidienst aus.“ Das ist die gleiche Polizei, in deren Händen immer wieder Immigranten zu Tode

**Bullen schützen Nazis, CDU/Grünen-Senat verfolgt Linke
Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis zu stoppen!**

kommen, wie Oury Jalloh, ein Flüchtling aus Sierra Leone, der an Händen und Füßen gefesselt in Dessau im Gefängnis am 7. Januar 2005 verbrannt wurde, oder Adem Özdamar, der in Hagen am 17. Februar 2008 in Polizeigewahrsam offenbar so misshandelt wurde, dass er massive Verletzungen am gesamten Kopf hatte und an Händen und Füßen gefesselt am Boden liegen gelassen wurde, so dass er ins Koma fiel und später starb.

Es ist dieser rassistische kapitalistische Staat, der die Strippen der Nazis zieht, nicht nur über V-Leute in den Vorständen der NPD, sondern auch, indem er die Marschbefehle für die Nazi-Banden mit seinen rassistischen Kampagnen liefert. Der kapitalistische Staat mit seinen Gerichten, Gefängnissen und Bullen ist ein Instrument zur Durchsetzung und Verteidigung der Klasseninteressen der Bourgeoisie und des rassistischen Status Quo, was beispielsweise auch bedeutet, die Gerichte einzusetzen, um Streiks für illegal erklären und verbieten zu lassen, oder Gegner der G8 zu verfolgen und zu kriminalisieren. Die Bullen stehen auf der Klassenseite der Kapitalisten und haben in der Arbeiterbewegung nichts verloren. **Bullen und Wachschutz raus aus dem DGB!**

Ebenso wie der direkte Ruf nach der Verstärkung der Polizei ist die Forderung von SPD und DIE LINKE danach, die Nazis zu verbieten, ein Aufruf zur Stärkung des kapitalistischen Staates. In einer Presseerklärung vom 14. April sagt Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in Hamburg: „Die verfassungsfeindlichen Ziele der NPD und die Bedrohung, die von ihr ausgeht, liegen offen zu Tage. Sie rechtfertigen ohne weiteres das Verbot.“ Tatsächlich werden solche Appelle schließlich angewendet gegen Linke und linke Immigrantengruppen, deren Mitglieder verfolgt und deren Organisationen letztendlich verboten werden, weil sie als Gegner des herrschenden Systems angesehen werden, während die Nazis Bestandteil dieses Systems sind. Es ist notwendig, die Faschisten im *Keim* zu zerschlagen, bevor sie zu einer Massenbewegung anwachsen können, wie es in den 20er/30er-Jahren der Fall war. Wie Trotzki 1924 den Faschismus nach Mussolinis Machtergreifung in Italien drei Jahre zuvor beschrieb: „Der Faschismus ist die Sturmabteilung der Bourgeoisie, sobald ihr die alte, an Legalität und Demokratie gebundene Staatsmaschinerie als untauglich erscheint, sobald sie eine Streitmacht braucht, um den Druck des Proletariats abzuwehren. In dieser Situation schafft sich die Bourgeoisie eine zu allem bereite Kampftruppe und trampelt auf ihrer eigenen Legalität und Demokratie herum, um ihre Macht aufrecht zu erhalten.“ Verbotsappelle sind einer unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse direkt entgegengesetzt. Sie mobilisieren nicht gegen die Nazis, sondern halten Gegner der Nazis davon ab, diese zu stoppen, indem Illusionen geschürt werden, dass der Staat die Nazis bekämpfen würde. Es ist vollkommen absurd, zu fordern, dass



Spartakist

Hamburg-Barmbek, 1. Mai: Zehntausend protestieren gegen Naziaufmarsch

die Polizei, die die Nazis regelmäßig schützt, die Nazis bekämpfen soll. Dadurch werden den Arbeitern, die ihre polnischen, türkischen und kurdischen Kollegen im Kampf gegen die Bosse als Verbündete ansehen, die Hände gebunden. **Weg mit dem Verbot von PKK und aller anderen kurdischen Vereine! Weg mit dem Verbot von Devrimci Sol, THKP-C und DHKP-C! Freiheit für alle Gefangenen der RAF! Freiheit für Öcalan!**

Diese Art der Beschwichtigung von Seiten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführung gegenüber einer Nazi-Bedrohung ist die Fortsetzung der Politik des nationalistischen Protektionismus im Namen des „Standort Deutschland“. Ein Beispiel hierfür ist Airbus, wo internationaler Klassenkampf zugunsten nationalistischer Standortpolitik verraten wurde. Sowohl von der deutschen als auch der französischen Gewerkschaftsführung war die klare politische

KONTAKTADRESSEN

- Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00
- Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44
- E-Mail:** spartakist@online.de

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

Stoßrichtung die gleiche: „nationale Einheit“ mit den „eigenen“ Kapitalisten und ihrer Regierung und gegen die Arbeiter in anderen Ländern zu schaffen, während sich die WASG und Kommunistische Partei Frankreichs gegen die Spaltung der deutschen und französischen Arbeiter aussprachen, nur weil sie eine engere Zusammenarbeit gegen Boeing unterstützen und so die Airbus-Arbeiter gegen ihre amerikanischen Kollegen ausspielten.

Dass DIE LINKE den Interessen der Kapitalisten dient, zeigt sich gleichermaßen an ihrer Beteiligung an der Berliner Regierung, wo sie die rassistischen Abschiebungen durchführen, den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zerschlagen haben und daran, dass ihre Polizei die Naziaufmärsche gegen Antifaschisten und Linke schützt! Im scharfen Gegensatz dazu bedeutet eine Klassenkampf-Strategie, die soziale Macht der Gewerkschaft über die nationalen und andere Spaltungen hinweg zu mobilisieren, um für die brennenden Bedürfnisse der arbeitenden und armen Massen zu kämpfen, *unabhängig* von den Interessen der nationalen Bourgeoisie und gegen sie. **Organisiert die Unorganisierten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auf höchstem Niveau! Aufteilung der Arbeit auf alle Hände! Nieder mit den Ausländergesetzen! Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion!**

Ja, der Sozialdemokratie stehen die Bosse und ihre Regierung tausend Mal näher als die Unterdrückten und Minderheiten in dieser rassistischen Gesellschaft! Und deswegen fungierte die SPD in der DDR auch als das trojanische Pferd der Konterrevolution, als sie Überstunden dafür schob, diesen deformierten Arbeiterstaat zu zerstören, in dem die gesellschaftliche Grundlage für Faschismus, das Privateigentum an Produktionsmitteln, beseitigt war. Die SED tat ihren Teil zur Zerstörung der DDR, in dem sie zustimmte, als Gorbatschow grünes Licht gab für die kapitalistische Wiedervereinigung. Im Einklang hiermit bejubelten Linke die Konterrevolution oder nahmen sie als unausweichlich hin, wie die SAV, die forderte: „SPD in die Offensive!“, oder Linksruck, die ihre Theorie des „Staatskapitalismus“ zum Vorwand nahmen, die DDR nicht gegen die

Konterrevolution zu verteidigen.

Im Gegensatz hierzu verteidigten wir die DDR gegen kapitalistische Konterrevolution. Wir intervenierten mit aller Kraft unserer Internationale für politische Revolution im Osten zum Sturz der stalinistischen Bürokratie und für sozialistische Revolution im Westen zum Sturz und zur Enteignung der blutigen deutschen Bourgeoisie, für ein rotes Rätendeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Wir warnten davor, dass die kapitalistische Wiedervereinigung einen starken Anstieg des Nazi-Terrors und eine Verarmung der Bevölkerung beider Teile Deutschlands mit sich bringen würde. Heute bedeutet die Verteidigung der internationalen Errungenschaften des Klassenkampfes die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution.

Autonome stellen sich oft mutig den Nazi-Provokationen in den Weg. Aber ihr Ziel, Freiräume im Kapitalismus wie selbstverwaltete Häuser, die Rote Flora usw. zu schaffen, bekommen sie eventuell auch mit einer linkeren kapitalistischen Regierung. Mit der Arbeiterklasse wollen sie nichts zu tun haben. Manchmal haben sie sogar Erfolg, wenn sie sich den Nazis entgegenstellen, aber bei einer Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat und der bewaffneten Polizei, die die Nazis schützt, verlieren die Autonomen in der Regel, weil sie keine soziale Macht haben.

Der Schlüssel für die effektive Bekämpfung faschistischer Provokationen sind disziplinierte, klassenkämpferische Massenmobilisierungen von Immigranten, Linken, Schwulen und Juden als potentielle Opfer der Nazis hinter der sozialen Macht der multiethnischen Arbeiterklasse, um die Nazis zu stoppen, unabhängig vom Staat. Gewerkschaftliche Ordnertrupps einer solchen Mobilisierung könnten der Keim von Arbeitermilizen sein, die dafür sorgen, dass Immigrantenviertel, Streikpostenkettens und Demonstrationen wirksam vor faschistischen Banden und rassistischem Terror geschützt werden. Es ist nötig, durch internationalen Klassenkampf gegen die eigenen Bosse und ihre Regierungen, die Arbeiter gegen Volksfrontpolitik im eigenen historischen Interesse unabhängig von der Bourgeoisie zu mobilisieren, die Einheit mit ihren Klassenbrüdern hier und in der ganzen Welt herzustellen. Das ist der Weg vorwärts, um durch eine Revolution die Herrschaft der Kapitalisten zu beenden und so letztlich ihren Auswurf, die Nazis, zu beseitigen.

Für diese Perspektive ist die Wiederschmiedung einer Avantgardepartei nach dem Muster von Lenins Bolschewiki notwendig, die die verrottete sozialdemokratische Führung ersetzt und mit der Lüge vom Tod des Kommunismus aufräumt. Wir halten es mit Marx und dem Kommunistischen Manifest: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Schließt Euch uns an!■

Bestellt!

Lenin und die Avantgardepartei

(56 Seiten)

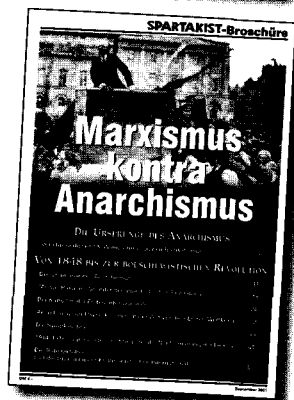
€ 1,50



Marxismus kontra Anarchismus

(64 Seiten)

€ 2,-



Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF, IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

UMZUG?

Damit der *Spartakist* Dich ohne
Unterbrechung erreicht, informiere uns
drei Wochen vor dem Umzug.

Sende Deine neue *und* alte Adresse an

Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 23555
10127 Berlin

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Keine Abschiebungen!

Südafrika: Mobilisiert Gewerkschaften gegen Anti-Immigranten-Terror!



Neil McCarthy



Dlangamandla/Beeld

Links: Mob überfällt Immigranten vor der Klinik von Alexandra, 12. Mai. Rechts: Nach immigrantenfeindlichen Gewaltausbrüchen suchen Verletzte Schutz in den örtlichen Kliniken von Alexandra und anderen Townships

Bei den pogromartigen Angriffen gegen Immigranten im Mai in Südafrika sind offiziellen Angaben zufolge 62 Menschen getötet worden, viele weitere wurden verstümmelt und vergewaltigt, und Tausende wurden aus ihren Häusern, Hütten und Geschäften vertrieben. Drei Menschen wurden bei lebendigem Leib verbrannt. Die Angriffe begannen am 11. Mai in Alexandra, einer verarmten schwarzen Township mit mehreren Hunderttausend Einwohnern, als Schlägerbanden auf Immigranten – hauptsächlich aus Simbabwe, Mosambik und Malawi – losgingen. Im Verlauf der Woche breiteten sich die Angriffe auf Diepsloot und andere Townships aus und brachen dann in Johannesburgs zentralem Geschäftsviertel los. Townships sind unter dem Apartheid-Regime eingeführte, rassistischgetrennte Ghettos.

Inmitten des Terrors gegen Immigranten veröffentlichte Spartacist South Africa, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, ein Flugblatt, das die mächtigen Gewerkschaften des Landes dazu aufruft, zur Verteidigung von Immigranten zu mobilisieren und alle Armen im Kampf für Arbeitsplätze und gute Wohnungen für alle zu vereinen. Das Flugblatt wurde am 17. Mai bei einer Kundgebung verteilt, wo einige Hundert Menschen gegen steigende Lebensmittelpreise, gegen die Wahlen in Simbabwe und gegen Fremdenfeindlichkeit protestierten. Zu der Kundgebung hatte der Congress of South African Trade Unions (COSATU – Kongress südafrikanischer Gewerkschaften) aufgerufen, und sie wurde von der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), dem Anti-Privatisierungs-Forum und anderen reformistischen und liberalen Organisationen unterstützt.

Sogar Regierungssprecher geben zu, dass die Grundursa-

che der Pogrome in der Wut über die verzweifelten Bedingungen in den Townships begründet liegt, die 14 Jahre nach dem Ende der Apartheid immer noch weiter bestehen. Aber gerade die Regierung der Dreierallianz des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und seiner Partner, der SACP und der COSATU-Gewerkschaftsbürokratie, ist für diese Bedingungen verantwortlich. In Townships im ganzen Land gab es immer wieder Proteste wegen mangelhafter Versorgung – mit Strom, Wohnraum, Wasser und Abwassersystemen. Die Irreführer von SACP und COSATU weigern sich bis heute, irgendeine Art von Massenprotest oder Arbeitermobilisierung auf die Beine zu stellen, um den Angriffen auf Immigranten entgegenzutreten.

Die Gewalt wird noch zusätzlich angefacht durch die Polizei, die in Scharen in die Townships hineindrängt und dabei in Wohngegenden und auf den Straßen ihre eigenen brutalen Angriffe durchführt. Nachdem Hunderte Menschen in Alexandra sich schutzsuchend in eine Polizeiwache drängten, kündigte Innenminister Nosiviwe Mapisa-Nqakula am 14. Mai an, dass die Regierung gegenwärtig keine „illegalen“ Immigranten abschieben würde. Doch direkt am folgenden Tag verhaftete die Polizei in Olifantsfontein, nahe der Township Tembisa, 32 Immigranten ohne Papiere, die „gerettet“ worden waren. Ein Polizeisprecher, auf die Erklärung des Ministers angesprochen, antwortete: „Wir machen nur unsere Arbeit.“ Zwei Tage später stoppte die Polizei außerhalb von Soweto einen Taxi-Transporter und verlangte von zwei Frauen, die sie als „zu dunkel“ erachtete, um Südafrikaner zu sein, dass sie Impfnarben vorweisen, was angeblich ihre Staatsbürgerschaft beweisen sollte.

Brecht mit der ANC/SACP/COSATU-Allianz!
Für eine zentral von Schwarzen getragene Arbeiterregierung!

Das Ausmaß der Angriffe deutet auf die Gefahr weit ausgedehnter Gewaltakte von schwarzafrikanischen Gruppen hin, die sich gegeneinander und gegen Farbige (gemischtrassischer Herkunft) und andere Minderheiten wenden. Aus Alexandra verlautete, dass zulu-sprachige Leute in Angriffe verwickelt waren, die sich nicht nur gegen Immigranten, sondern auch gegen Südafrikaner richteten, die Venda, Xhosa, Shangaan oder andere Sprachen sprechen. Feindseligkeiten zwischen den Ethnien wurden unter der weißen rassistischen Apartheid-Herrschaft verstärkt. Terror gegen Immigranten und Stammesfeindschaften zeichnen jedoch auch die kapitalistische Ordnung der Neo-Apartheid unter der Dreierallianz unvermeidlich aus. Die Somali-Vereinigung Südafrikas berichtet, dass 471 Somalis seit 1997 ermordet wurden. Doso Ndessomin, ein Flüchtling von der Elfenbeinküste, der das Koordinierungsgremium für Flüchtlingsgemeinden repräsentiert, sagte der Zeitung *Mail & Guardian* (16. Mai): „Es beginnt als Fremdenfeindlichkeit, und wenn sie mit den Fremden fertig sind, gehen sie zu Tribalismus [Stammesfeindschaft] über. Glauben Sie mir, das wird viel, viel schlimmer sein als alles, was wir jetzt sehen.“

Im Rahmen unserer Forderung nach einer zentral von Schwarzen getragenen Arbeiterregierung bemerkten wir 1997 in unserer Broschüre „The Fight for a Revolutionary Vanguard Party: Polemics on the South African Left“ [Der Kampf für eine revolutionäre Avantgardepartei: Polemiken mit der südafrikanischen Linken]:

„Weit verbreitete Erwartungen nach besseren Wohnungen und Arbeitsplätzen können nicht befriedigt werden; selbst einfache demokratische Forderungen wie das Recht auf Bildung für alle Kinder oder das Recht von Frauen auf Verhütung und Abtreibung werden der überwältigenden Mehrheit durch soziale Ungleichheit und fehlende Einrichtungen verwehrt. Wenn die Enttäuschung der Massen keinen Ausdruck entlang von *Klassen*linien findet, dann wird sie jede andere Art von Spaltung anheizen und verhärten.“

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt von Spartacist South Africa vom 15. Mai ab.

SPARTACIST SOUTH AFRICA

In der jüngsten Welle immigrantenfeindlicher Gewalt, die durch Südafrika fegte, haben Lynchmobs in der Township Alexandra seit dem 11. Mai fünf Menschen getötet und viele weitere verwundet und vergewaltigt. Einer der Getöteten, ein Südafrikaner, hatte sich geweigert, an den Angriffen teilzunehmen. Schläger demolierten Hütten und stahlen persönliches Hab und Gut. Nachdem mehr als 1000 Menschen, hauptsächlich aus Zimbabwe und Mosambik, in die Polizeiwache von Alexandra flohen, um Schutz zu suchen, kündigten die Bullen an, sie würden Ausweispapiere verlangen, was die Gefahr der Abschiebung „illegaler“ Immigranten bedeutete. Von Tshwane (Pretoria) bis zum Ostkap wurden Somalis, Simbabweer und andere bei ähnlichen Mobangriffen getötet, während die Regierung ihre immigrantenfeindlichen Verhaftungen fortsetzt und entlang der Grenze zu Simbabwe die Repression verstärkt.

Die Lage schreitet nach einer Mobilisierung der Macht der Gewerkschaften, um diese Angriffe zu stoppen! Von den Bergwerken und Farmen bis zur Motorindustrie sind immigrierte Arbeiter ein integraler Bestandteil der Wirtschaft und der Arbeiterbewegung Südafrikas. Spartacist South Africa, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), fordert: Volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten! Keine Abschiebungen! Die Pogrome gegen Immigranten im schrecklich verelendeten Alexandra dehnten sich aus und fanden ihre Fortsetzung in

Angriffen auf venda-sprachige und dunkelhäutigere südafrikanische Schwarze. Verschiedene Schichten der Unterdrückten werden gegeneinander aufgehetzt, um die Wut vom wahren Feind abzulenken: der weißen Kapitalistenklasse mit ihren schwarzen Strohmannern. Damit sich jedoch die Gewerkschaften der Sache der Immigranten und Armen annehmen, ist ein politischer Kampf gegen die prokapitalistischen Irreführer von COSATU, dominiert von der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), und der Gewerkschaftsverbände NACTU und FEDUSA nötig.

Vom bürgerlichen Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und den COSATU-Bürokraten hört man fromme Phrasen gegen „Intoleranz“ und die „Frustration“ der Armen. Aber gerade die Dreierallianz-Regierung von ANC/SACP/COSATU verwaltet den Neo-Apartheid-Kapitalismus, unter dem die überwältigende Mehrheit in erdrückender Armut gefangen ist und schwarze Menschen ganz unten stehen. Die Armen dieses Landes und Hunderte Millionen auf der ganzen Welt leiden Hunger wegen steigender Lebensmittelpreise, die letztlich nicht durch Knappheit, sondern durch Preistreiberei und anderes kapitalistisches Profitstreben verursacht werden.

Seit 1994 hat die Regierungsbündnis dazu beigetragen, wiederholt fremdenfeindliche Ausbrüche zu schüren, bei denen Immigranten als Sündenböcke für Massenarbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität benutzt werden. Allein im letzten Jahr wurden etwa 250000 Menschen abgeschoben. Aktionen wie die Polizeirazzia im Januar bei der Central Methodist Church, lange ein Zufluchtsort für Flüchtlinge, ermutigten Schlägerattacken wie die in Alexandra. Bei der Kundgebung am 1. Mai in North West hüllte ANC-Präsident Jacob Zuma den Aufruf zu hartem Vorgehen gegen Immigranten in leere Worte des Mitgefühls, als er sagte, dass „die ANC-Regierung natürlich starke Maßnahmen ergreifen wird, um illegale Einwanderung zu begrenzen“, in Einklang mit dem „Menschenrechts-Ethos unseres Landes“!

Wie unter der Apartheid verteidigt der kapitalistische Staat im „demokratischen“ Südafrika die Herrschaft und Profite der Randlords – und ihrer Seniorpartner in der Wall Street und der Londoner City – gegen die unterdrückten schwarzen, farbigen und indischen arbeitenden Menschen. Um die Volksfront zusammenzuhalten, servieren die SACP-Reformisten den ideologischen Kleister der „nationaldemokratischen Revolution“, die nationalistische Lüge, alle schwarzen Menschen – von reichen Geschäftsleuten wie Tokyo Sexwale bis zu Squatters [illegale Ansiedler] in Alexandra – hätten gemeinsame Interessen. Das verschleiert die grundlegende *Klassenspaltung* und dient dazu, den proletarischen Kampf einzudämmen.

Die COSATU-Spitzen, die SACP und der Rest der reformistischen Linken stellen die Bullen verräterischerweise als „Kollegen“ und „Genossen“ dar. Charles Nqakula von der SACP ist selbst Bullenminister. Die Polizei ist ein Kernbestandteil des kapitalistischen Staates, eines Instruments zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Im Februar 2001 griffen Bullen Tausende Squatter und Einwohner von Alexandra entlang des Flusses Jukskei an und vertrieben sie, Szenen, die an die Zwangsräumungen der Apartheid-Ära erinnerten. Im Frühjahr griffen Schlägerbanden in Atteridgeville, außerhalb von Tshwane, „Fremde“ an und wurden dabei von Polizisten unterstützt, die laut Berichten der Opfer „tatenlos dastanden und tatsächlich sogar zur Gewalt ermutigten“ (*Mail & Guardian*, 28. März). In Alexandra vereitelten die Bullen diese Woche Versuche von Immigranten, sich selbst zu verteidigen. Und am 13. Mai feuerten die Bullen in Tshwane Gummigeschosse und Blendgranaten auf fast 300 Demonstranten der streikenden Gewerkschaft der städtischen Arbeiter (SAMWU). Die Demonstration fand nahe dem Ort einer Preisverleihung für Nelson Mandela statt, an

Obama, McCain...

Fortsetzung von Seite 1

Obama, oder eine Frau, Hillary Clinton. Während die zweite Amtszeit der seltsam verrückten und weithin verachteten Bush-Administration zu Ende geht – mit der blutigen und unpopulären Besetzung des Irak, den Skandalen von Abu Ghraib und anderen Folterungen, einer drohenden Rezession, Zwangsvollstreckungen, der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Zerschlagung von Gewerkschaften, den immer massiveren Angriffen auf Bürgerrechte –, gibt es in der Bevölkerung eine Sehnsucht nach einer „Veränderung“.

Gewerkschaftsbürokraten, schwarze bürgerliche Politiker, reformistische Linke und andere haben die soziale Unzufriedenheit aufgegriffen, um die Lüge zu verbreiten, es würde den Interessen der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten dienen, wenn man die kapitalistische Demokratische Partei – *die andere Partei von Krieg und Rassismus* – als das „kleinere Übel“ unterstützt. Doch wie wir in „The Obama Campaign and the ‚End of Racism‘ Myth“ [Der Obama-Wahlkampf und der Mythos vom „Ende des Rassismus“] (WV Nr. 906, 18. Januar) schrieben:

„Sollte es in diesem zutiefst rassistischen Land, wo religiöser Obskurantismus und frauenfeindliche Bigotterie weit verbreitet sind, jemals einen schwarzen oder weiblichen Präsidenten geben, wäre dies gewiss eine bedeutende Entwicklung. Doch dadurch würde sich an der Unterdrückung der Frauen, die in der Institution der Familie in der Klassengesellschaft ihre Grundlage hat, oder an der Unterdrückung der Schwarzen, die den Grundstein des amerikanischen Kapitalismus bildet, überhaupt nichts ändern. Einfach gesagt, ohne die Zerstörung des kapitalistischen Systems durch eine sozialistische Revolution gibt es keine Befreiung der Schwarzen und der Frauen.“

Als Trotzisten (d. h. echte Marxisten) kämpfen wir für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Klassenfeind. Wir geben prinzipiell kapitalistischen Politikern – Demokraten, Republikanern, Grünen oder „Unabhängigen“ – keinerlei politische Unterstützung. In seinem Werk *Staat und Revolution* von 1917 unterstrich der bolschewistische Führer W.I. Lenin, was bürgerliche Demokratie bedeutet: dass die Wähler „einmal in mehreren Jahren [...] entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten

soll“. Die Bourgeoisie benutzt die Fassade von „Demokratie“, um ihre Klassendiktatur zu verschleiern, um Entscheidungen, die in Lenins Worten an der Börse, in den Klubs und auf den Dinnerparties der Großbourgeoisie getroffen werden, einen demokratischen Anstrich zu geben. Dabei werden die Herrscher von der reformistischen Linken unterstützt, die die Lüge verbreitet, die Politik des „kleineren Übels“, das die Demokratische Partei angeblich darstellt, würde den Interessen der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten dienen.

Der kapitalistische Staat – der im Wesentlichen aus Polizei, Militär, Gefängnissen und Gerichten besteht – ist ein Unterdrückungsinstrument, das dazu da ist, die Herrschaft und die Profite der Bourgeoisie zu verteidigen. Er kann nicht dahingehend reformiert werden, dass er den Interessen der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten dient, und die Geschichte des Klassenkampfes der Arbeiter, nicht zuletzt die Pariser Kommune von 1871, bestätigt diese grundlegende Tatsache. Nachdem Frankreich unter dem Regime von Napoleon III. im Jahr 1870 von Preußen besiegt worden war, wurde eine rechtsgerichtete Regierung gebildet, die sich durch die Wahlunterstützung der Masse der bäuerlichen Kleinrentner, damals die Mehrheit der Bevölkerung, eine „demokratische“ Zustimmung verschaffte. Als diese Regierung die Armee nach Paris schickte, um die vorwiegend aus der Arbeiterklasse rekrutierte Nationalgarde zu entwaffnen, vertrieben die proletarischen Truppen die Armee. Dies führte zur Gründung der Kommune, die fast drei Monate lang die Stadt regierte, bevor die Armee sie zerschlug und dabei über 20 000 Menschen abschlachtete.

Wie Lenin betonte, hielt Karl Marx nur einen Punkt aus dem *Kommunistischen Manifest* von 1848 für überholt. Aufgrund der Erfahrung der Pariser Kommune schrieb Marx in *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, „die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen“. Und Lenin betonte in *Staat und Revolution*, dass „die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine‘ zerschlagen, zerbrechen muss und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf“. Die Arbeiterklasse muss mit Hilfe ihres eigenen Staates herrschen, der Diktatur des Proletariats.

Als unmittelbare Konsequenz aus unserer revolutionären Position kandidieren wir Marxisten nicht für Exekutivämter



Workers Vanguard

Banner der Spartacist League/U.S. bei Demo für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal (Philadelphia, 19. April): „Brech mit den Demokraten! Baut eine Arbeiterpartei auf, um für sozialistische Revolution zu kämpfen!“

CHALLENGE

26 MARCH 2008

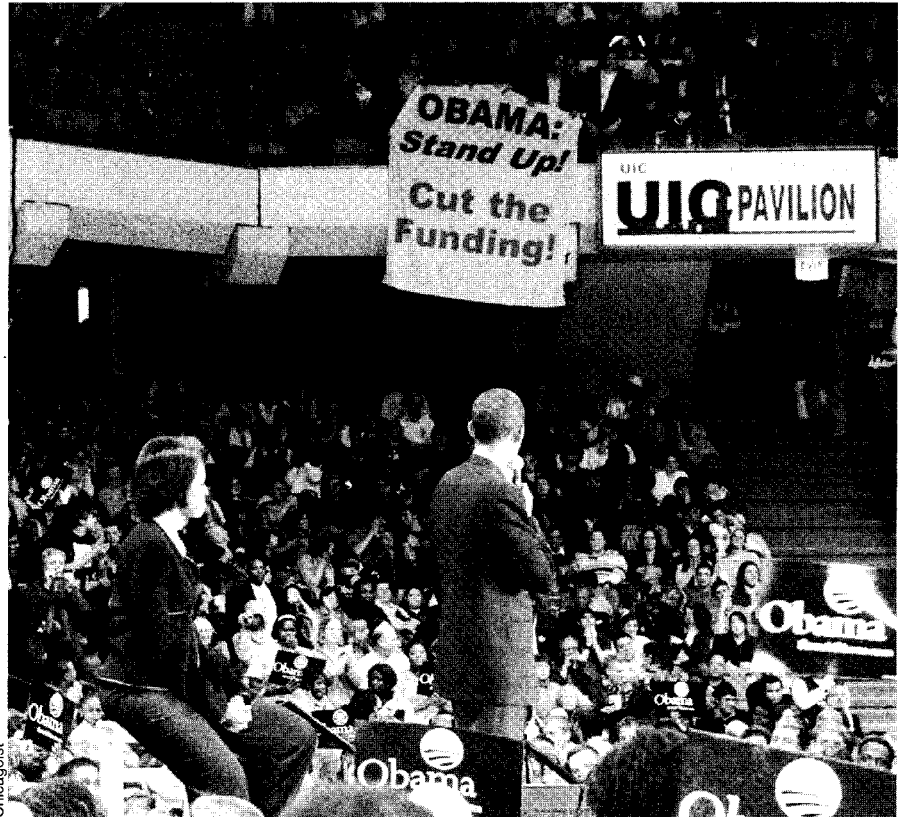
lic thinks is a
months isn't a
make a commi
es will be like i

Yes, Obama's voting numbers present us an opportunity because they show that young people are now less cynical and more open to "talking politics." But just what politics is crucial. The highly politicized Hitler Youth weren't cynical. Many earnestly hoped for the better world Nazi imperialism claimed to offer. And Hitler, after all, professing "socialism," was able to rally many well-meaning people seeking change to support German industrialists' deadly schemes for territorial expansion.

Unless we actively participate in Obama's campaign and expose his true purposes, any Obama success at the polls will prove deadly to the working class. The fatally deceptive optimism he sells masks imperialist objectives that are the exact opposite of PLP's working-class program. Our long-term goals are waging a revolution to destroy the profit system and its endless wars and making a communist-led working class the rulers of society. ☉

Pseudomarxisten propagieren Politik des „kleineren Übels“ der Demokratischen Partei in Gestalt von Barack Obama. Rechts: Von ISO angeführte Demonstranten entfalten Banner bei Obama-Wahlkampfkundgebung im Februar 2007, Universität von Illinois, Chicago. Oben: Progressive Labor Party ruft zu „aktiver Teilnahme an Obamas Kampagne“ auf

Chicagoist



– wie Bürgermeister, Gouverneur oder Präsident –, obgleich Marxisten als eine Taktik zur Verbreitung unseres revolutionären Programms für Parlamentssitze kandidieren können und das manchmal auch tun. Der US-Präsident ist der Chef der Exekutive, verantwortlich für die größte Militärmacht in der Geschichte und für den innenpolitischen Repressionsapparat, der die Unterdrücker- und Ausbeutergesellschaft aufrechterhält. Für ein Exekutivamt zu kandidieren bedeutet, danach zu streben, der nächste Oberbefehlshaber zu werden, der darüber entscheidet, wer gefoltert, wer bombardiert und bei wem einmarschiert wird (siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 26, Frühjahr 2008).

Das Proletariat hat die Hand unmittelbar an den Produktionsmitteln – Fabriken, Bergwerke, Transportmittel – und hat daher als einzige Klasse die soziale Macht und das objektive Interesse, alle Unterdrückten zum Sturz der kapitalistischen Ordnung zu führen. Unter der Führung einer marxistischen Avantgardepartei kann die Arbeiterklasse die Bourgeoisie enteignen und die Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage neu organisieren. Doch an der Entfaltung ihrer sozialen Macht werden die Arbeiter durch die prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie gehindert, die das Proletariat an den bürgerlichen Klassenfeind bindet, vor allem über die Demokratische Partei. Notwendig ist ein politischer Kampf dafür, die Gewerkschaftsbürokraten hinauszuerwerfen und durch eine klassenkämpferische Führung zu ersetzen, als Teil des Kampfes für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die für Arbeitermacht kämpft.

Rasse und bürgerliche Wahlen

Illusionen in Obama sind weit verbreitet trotz seiner tatsächlichen politischen Auffassungen, mit denen er häufig rechts von Clinton steht. Angesichts der Geschichte der Schwarzenunterdrückung in den USA hat die Möglichkeit, den ersten schwarzen Präsidenten zu wählen, viele Schwarze dazu gebracht, Obama zu unterstützen. Er ist auch besonders populär bei liberal gesinnten College-Jugendlichen, die in Obama einen charismatischen, ehrlichen Politiker sehen, der über den Schlammschlachten und der Korruption steht,

die für die amerikanische Politik typisch sind.

In Wirklichkeit ist Obama genauso wie Hillary Clinton (oder John McCain, der mutmaßliche republikanische Kandidat) ein bürgerlicher Politiker des Mainstream. Sowohl Clinton als auch Obama appellieren an rückständige Wähler und spielen wesentliche Fragen wie Abtreibungsrechte für Frauen herunter oder lassen sie ganz weg. Es zeugt von dem grotesken Charakter bürgerlicher Politik, dass Clinton – die in den letzten acht Jahren zusammen mit ihrem Ehemann mehr als 109 Millionen Dollar verdient hat – als die Repräsentantin der weißen Wählerstimmen aus der Arbeiterklasse gilt, während Obama, der versucht hat seine Kandidatur auf der Botschaft vom „Ende des Rassismus“ aufzubauen, nahezu jede schwarze Stimme einheimst.

Trotz all seiner Bemühungen gelang es Obama, dem Sohn eines Kenianers und einer Weißen aus Kansas, im rassistischen, kapitalistischen Amerika nicht, bei diesem Rennen die Rassenfrage herauszuhalten. Dies wurde deutlich, als die Medien damit begannen, Kommentare von Jeremiah Wright, Obamas ehemaligem Pastor in Chicagos Trinity United Church of Christ, abzuspielen. Nachdem Obama am 18. März seine Rede „A More Perfect Union“ [Eine vollkommener Nation] gehalten hatte, betonten wir in „Break with Democratic Party of War and Racism!“ [Brecht mit der Demokratischen Partei des Krieges und des Rassismus!] (*WW* Nr. 911, 28. März): „Was Obama ablieferte, war wirklich eine Rede der ‚nationalen Einheit‘, wo er sich selber als den besten Kandidaten der Bourgeoisie empfahl, der den blutigen US-Imperialismus regieren und die arbeitenden Menschen, Schwarzen, Immigranten und alle Unterdrückten niederhalten kann. Obama, der Verbindungen zum Apparat der Demokratischen Partei von Illinois hat, scheint als Chef der Exekutive des US-Imperialismus gut geeignet zu sein, auch um dessen Ansehen in der Weltarena wieder aufzupolieren.“

Flankiert von acht amerikanischen Fahnen verbreitete Obama in seiner Rede protektionistischen Chauvinismus, stellte seine Unterstützung für Israel klar heraus, verurteilte den „radikalen Islam“ und machte sich für den „Krieg gegen den Terror“ stark. Er prangerte die Sozialhilfe an



Verwundete Palästinenser in der Nähe des Autos von Fadel Shana, einem Kameramann von Reuters, der von einer israelischen Rakete, die seinen Wagen traf, in Gaza getötet wurde, wo am 16. April auch 17 weitere Palästinenser niedergemetzelt wurden. Obama hat zionistischen Herrschern seine „starke Hingabe“ an Israel zugesichert

und äußerte sich versöhnlich zum rassistischen Widerstand gegen Affirmative Action [Förderungsmaßnahmen zugunsten von Minderheiten] und Schulintegration durch Busing [Busbeförderung von Schulkindern in andere Bezirke zur Förderung der Rassenintegration], während er sich für den „uramerikanischen – und ja, konservativen – Gedanken der Selbsthilfe“ aussprach. Diese Rede stand völlig im Einklang mit seiner Lüge, die Bürgerrechtsbewegung habe dieses Land „90 Prozent des Weges“ bis zur Beendigung des Rassismus vorangebracht. Obama sprach über Rasse, um die brutalen Realitäten des rassistischen amerikanischen Kapitalismus von heute auszublenden, und verurteilte Wright dafür, dass er so rede, „als sei dieses Land ... immer noch unwiderruflich an eine tragische Vergangenheit gefesselt“.

Von der rassistischen Grausamkeit in New Orleans und an der Golfküste beim Hurrikan Katrina bis zu der Masseneinkerkerung von nahezu einer Million schwarzer Männer und Frauen ist und bleibt die Unterdrückung der Schwarzen die Grundlage des amerikanischen Kapitalismus, der auf der Ausbeutung der gesamten multirassischen Arbeiterklasse beruht. Diese Realität hat in der amerikanischen Arbeiterklasse ihre Spuren hinterlassen. Die USA sind das einzige fortgeschrittene kapitalistische Land ohne eine Arbeitermassenpartei, die wenigstens ein deformierter Ausdruck der politischen Unabhängigkeit des Proletariats wäre.

Die Geschichte der US-Arbeiterbewegung ist eine Geschichte von heroischen und oftmals blutigen ökonomischen Kämpfen (zum Beispiel haben proletarische Feiertage wie der 1. Mai und der Internationale Frauentag ihren Ursprung in der amerikanischen Arbeiterbewegung). Gleichzeitig haben die kapitalistischen Herrscher schon lange ethnischen und religiösen Hass geschürt, um das Proletariat zu spalten und damit in einem politisch rückständigen Zustand zu halten. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein spielten die Herrscher „einheimische“ Protestanten gegen vorwiegend katholische immigrierte Arbeiter aus. Mit der massenhaften Abwanderung von Schwarzen aus dem Süden in die Industriestädte des Nordens wurden religiöse und ethnische Feindseligkeiten innerhalb des Proletariats durch Rassismus gegen Schwarze ersetzt, der dazu diente, die unüberbrückbare Klassenspaltung zu verschleiern. Für die gesamte Arbeiterklasse ist es von größtem Interesse, gegen die

Unterdrückung der Schwarzen zu kämpfen. Wie wir in „The Obama Campaign and the ‚End of Racism‘ Myth“ betonten:

„Im Gegensatz zu dem von Obama und anderen Liberalen verbreiteten Mythos ist die Unterdrückung der Schwarzen weiterhin das zentrale bestimmende Merkmal der US-Gesellschaft. Sie hat *materielle* Wurzeln im amerikanischen Kapitalismus und ist für ihn von zentraler Bedeutung. Im Gegensatz sowohl zu liberalen Integrationisten als auch zu schwarzen Nationalisten basiert unser Kampf für die Befreiung der Schwarzen auf dem Programm des *revolutionären Integrationismus*.

Während wir jeglicher Erscheinungsform rassistischer Unterdrückung entgegenzutreten und insbesondere dafür kämpfen, die soziale Macht der multirassischen Arbeiterbewegung zu mobilisieren, heben wir hervor, dass für eine vollständige Gleichstellung der schwarzen Massen die Arbeiterklasse den kapitalistischen Herrschern die Wirtschaft entreißen und sie auf sozialistischer Grundlage neu organisieren muss. Erst dann wird es möglich sein, die materiellen Wurzeln der Schwarzenunterdrückung zu beseitigen durch die Integration der Schwarzen in eine egalitäre sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage einer kollektivierte Wirtschaft mit Arbeitsplätzen und anständigen Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Ausbildung für alle.“

Um beim Kampf gegen das rassistische kapitalistische System voranzukommen, muss man die politischen Ketten zerbrechen, mit denen Arbeiter, Schwarze und Unterdrückte vor allem durch Unterstützung für die Demokratische Partei an den Klassenfeind gefesselt werden. Dies bedeutet einen politischen Kampf gegen die Gewerkschaftsführer, von denen viele führende Köpfe in der Demokratischen Partei sind, und auch gegen die Reformisten, die immer wieder mit dem „Kampf gegen Rechts“ eine Politik des „kleineren Übels“ propagiert haben.

Ein solcher politischer Kampf für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und der Kampf für die Befreiung der Schwarzen muss als Ausgangspunkt *revolutionären Internationalismus* haben. Es waren die bolschewistischen Führer der Oktoberrevolution von 1917 und der frühen Kommunistischen Internationale, die der jungen amerikanischen Kommunistischen Partei beibrachten, dass es notwendig ist, in den USA den Kampf gegen Rassenunterdrückung aufzunehmen. Don Alexander, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., betonte vor kurzem in einem Vortrag auf einer ZK-Sitzung der SL/U.S. („For a Workers America!“ [Für ein Arbeiteramerika!], *WV* Nr. 908, 15. Februar) die Verbindung zwischen dem Kampf für die Freiheit der Schwarzen und der Gegnerschaft zum US-Imperialismus:

„Unser Kampf für die Freiheit der Schwarzen ist nicht beschränkt auf das nationale Terrain... Wir haben der Mehrheit der unterdrückten schwarzen Massen, die historisch in größerer Zahl US-imperialistische Abenteuer

gegen dunkelhäutige Völker ablehnen, etwas Besonderes zu sagen: Die gewalttätige und blutige und korrupte und heuchlerische herrschende Klasse, die Iraker und Afghanen abschachtet, ist dieselbe herrschende Klasse, deren Bullen täglich schwarze Jugendliche und Latinos niederschließen...

Wir sind entschlossen klarzumachen – nicht zuletzt weil in Amerika die Unterdrückung der Schwarzen die äußere Hülle der Klassenausbeutung ist –, dass der Kampf für die Befreiung der Schwarzen im Interesse von weißen, Latino- und anderen Arbeitern ist.“

Mobilisiert die Macht der Arbeiterbewegung für die sofortige Freiheit von Mumia!

Der Fall von Mumia Abu-Jamal bringt die dem kapitalistischen System innewohnenden Ungerechtigkeiten ans Licht. Er macht zwei der grundlegendsten Fragen für das amerikanische Proletariat deutlich: den Charakter des kapitalistischen Staates und seiner Gerichte als Unterdrückungsinstrumente gegen die arbeitenden Menschen und die Unterdrückten, und den Kampf für die Schwarzenbefreiung. Notwendig ist eine **klassenkämpferische** Bewegung für die Freiheit Mumias – der von dem Verständnis ausgeht, dass die kapitalistische Gesellschaft im Grunde in zwei feindliche Klassen gespalten ist, die kapitalistischen Ausbeuter und die Arbeiterklasse. Und die Arbeiterklasse – die durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft das Sprudeln der kapitalistischen Profite abstellen kann – hat die soziale Macht, die Gerichte zum Nachgeben zu bringen und Mumias Freiheit zu erringen. Das ist das politische Programm, das die SL und das Partisan Defense Committee (PDC) in unserem Kampf für Mumias Freiheit konsequent verfochten haben, nicht zuletzt gegen die Reformisten und Liberalen, die Illusionen in den kapitalistischen Staat und sein System der „Rechtsprechung“ verbreitet haben, beispielsweise durch ihre jahrelange Unterordnung der Forderung nach Mumias Freiheit unter die Forderung nach einem „neuen Prozess“.

Die Logik, die hinter den von Gruppen wie der Workers World Party (WWP) verbreiteten Illusionen steckt, kommt in einer Erklärung eines Vertreters der New York Coalition to Free Mumia Abu-Jamal auf krasse Weise zum Ausdruck. Unter der Überschrift „No Justice, No Peace“ heißt es dort: „Sowohl Hillary Rodham Clinton als auch Barack Obama unterstützen die Todesstrafe, obwohl sie wissen, dass das System unvollkommen ist und von Gewaltverbrechen nicht abschreckt. Lasst uns schauen, welche Haltung sie zu Mumia Abu-Jamal einnehmen, der keine gewalttätige Vergangenheit aufzuweisen hat; sondern ganz im Gegenteil, wie ihr bereits wisst. Es ist nicht zu spät, sie dazu zu zwingen, Mumia und all den anderen im Gefängnis verrottenden politischen Gefangenen Recht zuteilwerden zu lassen.“

Wen wollen sie da für dumm verkaufen?! Clintons größter Unterstützer im Staat Pennsylvania ist Gouverneur Ed Rendell, der als Bezirksstaatsanwalt bei der abgekarteten Verurteilung Mumias die Oberaufsicht hatte. Loblieder auf Obama wiederum kommen von dem rechtsgerichteten Radiomoderator Michael Smerconish, der Obamas Rede vom 18. März als „umwerfend“ bezeichnete und kürzlich, immerhin als Republikaner, erklärte: „Wenn ich könnte, würde ich für Obama stimmen.“ Smerconish hat vor kurzem zusammen mit Maureen Faulkner *Murdered by Mumia* [Von Mumia ermordet] herausgebracht, ein Lügentraktat mit dem Ziel, dem legalen Lynchmord an Mumia den Weg zu ebnen.

Vielleicht war es mehr als Ironie, dass Obama seine Rede über die „vollkommenere Union“ in Philadelphia hielt, in der Stadt, wo das Komplott gegen Mumia geschmiedet wurde. Nicht weit davon entfernt, wo Obama

sprach, hatte ein brutales Massaker stattgefunden: die Bombardierung der MOVE-Kommune 1985, bei der elf schwarze Männer, Frauen und Kinder abgeschlachtet und ein ganzes Wohnviertel der Schwarzen zerstört wurden. Ausgeführt hat das Massaker der schwarze Bürgermeister Wilson Goode von den Demokraten in Zusammenarbeit mit den Feds [FBI]. In seinem Streben nach der Präsidentschaft tritt Obama in die Fußstapfen schwarzer Demokraten, die als Bürgermeister und Polizeichefs wichtiger Ballungsräume – von Los Angeles bis Chicago, Detroit, Philadelphia und anderen Städten – zum Einsatz gekommen sind. Ihre Aufgabe bestand darin, die arbeitenden und schwarzen Menschen niederzuhalten. Ihren Wert für die rassistischen Herrscher brachte der schwarze ehemalige Bürgermeister von New York City, David Dinkins, in der Erklärung zum Ausdruck: „Wenn es von mir kommt, werden sie es schlucken.“ Obama will einfach der Aufseher der gesamten blutigen Plantage werden.

Allein die Existenz der Todesstrafe in den USA – ein Erbe der Versklavung der Schwarzen – unterstreicht die zentrale Bedeutung der Schwarzenunterdrückung für den amerikanischen Kapitalismus. Kein anderes fortgeschrittenes kapitalistisches Land außer Japan übt noch diese barbarische Praxis aus. Als Marxisten lehnen wir die Todesstrafe aus Prinzip ab, für die Schuldigen wie auch für die Unschuldigen. Wir gestehen dem Staat nicht das Recht zu, zu entscheiden, wer leben und wer sterben soll. **Weg mit der Todesstrafe! Nein zum legalen Lynchmord!**

Was Obama angeht, so stimmt er nach seinem Amtsantritt als Parlamentsabgeordneter des Staates Illinois im Jahre 1998 für die Erweiterung der Liste von Verbrechen, für die es die Todesstrafe geben kann. Obama unterstützte das befristete Aussetzen der Todesstrafe durch den republikanischen Gouverneur George Ryan (der dann das Strafmaß eines jeden Insassen der Todeszelle umwandelte, bevor er 2003 aus dem Amt schied), doch dabei war es sein Ziel, die Tötungsmaschinerie von Illinois aufzupolieren und „sicherzustellen, dass man den Richtigen hat, bevor man die Todesstrafe in Erwägung zieht“.

Am 16. April entschied der rassistische Oberste US-Gerichtshof mit 7 zu 2 Stimmen, an der Hinrichtung durch tödliche Injektion festzuhalten. Gegen diese Hinrichtungsort hatten Insassen der Todeszelle geklagt unter Hinweis auf Fälle, bei denen die verurteilten Opfer während ihrer Hin-

Bestellt!

„Lehren des Kampfes für die Freiheit von Sacco und Vanzetti“

Zweiteiliger Artikel, erschienen in Spartakist Nr. 169 und 170

€ 1,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 00119886 01

richtung, gelähmt und zum Schreien nicht in der Lage, fürchterliche Qualen erleiden mussten. Für die Mehrheitsmeinung schrieb Gerichtspräsident John Roberts: „Nur weil eine Hinrichtungsmethode möglicherweise Schmerzen verursacht“, heiße das nicht, dass sie „grausam und unüblich“ sei. Das Spektakel von „Richtern“ des Obersten Gerichtshofs, die darüber debattieren, wie man am besten einen Menschen umbringt, zeugt von der ausgesprochenen Grausamkeit des amerikanischen Kapitalismus. Es erinnert an die „Debatten“ in bürgerlichen Kreisen, welche Foltermethoden gegen Gefangene zulässig seien. Der Staat Virginia hat bereits angekündigt, sein inoffizielles Moratorium gegen Hinrichtungen aufzuheben; die Maschinerie des Todes ist dabei, wieder anzuspinnen.

„Sozialisten“ im Dienste der Bourgeoisie

Viele von denen, die in diesem Lande als Linke gelten, sind entweder ausdrücklich oder unausgesprochen für einen Sieg der Demokratischen Partei über die Republikaner bei den kommenden Wahlen eingetreten, und zwar stets durch Lobpreisungen für Barack Obama. Nachdem die Liberalen und ihre reformistischen Unterstützer eine „Antikriegsbewegung“ auf der Grundlage von Appellen an bürgerliche (demokratische) Politiker, im Irak „den Krieg zu beenden“, aufgebaut hatten, haben sie jetzt diese „Bewegung“ im Sumpf amerikanischer Wahlkampfpolitik begraben. Als Reformisten haben sie *nicht* den Kampf für eine sozialistische Revolution zum Ausgangspunkt, sondern stattdessen die Lüge, der Kapitalismus könne dahingehend reformiert werden, dass er den Interessen der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten dient.

Gewiss, die Workers World Party hat den Demokraten Obama nicht offen unterstützt; stattdessen begeistert sie sich für die Kandidatin der kapitalistischen Grünen Partei, Cynthia McKinney (die von der WWP unterstützt wurde, als sie 2004 noch Kongresskandidatin der Demokratischen Partei war). Sie hat sich jedoch sehr bemüht, die Tür offen zu halten. So heißt es in einem Leitartikel von *Workers World* (9. Januar):

„Im Falle einer Obama-Kandidatur werden Arbeiter- und revolutionäre Organisationen wachsam bleiben müssen gegenüber dem Einfluss von Rassismus auf den Wahlkampf, selbst wenn die Linke sich von Obama wie auch von dem Republikaner distanziert. Die Linke wird auch ihre Haltung anpassen müssen, sollte es ein aktives Eingreifen der Bevölkerung in den Wahlprozess geben, insbesondere wenn es bei den Wahlen zu einer Krise kommen sollte in der Wirtschaft oder durch einen Krieg.“

Mal sehen. Workers World unterstützte 1988 Jesse Jackson und seitdem andere schwarze Demokraten.

Dann gibt es noch die International Socialist Organization (ISO), eine antikommunistische Gruppierung, die die konterrevolutionäre Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion unterstützt hat, eine welthistorische Niederlage für das internationale Proletariat. In Kalifornien hatte die ISO 2006 ihren Boss Todd Chretien als Kandidaten der kapitalistischen Grünen Partei für den US-Senat ins Rennen geschickt. Die ISO kritisiert zwar Obamas Politik, doch schreibt sie in *International Socialist Review* (März/April 2008):

„Wenn ein Demokrat ins Weiße Haus einzieht und die Demokraten den Kongress haben, wird dies dann eine Wiedergeburt des Liberalismus markieren? Die Antwort ist sowohl ja als auch nein. In dem Sinne, dass sowohl Clinton als auch Obama in den meisten Fragen ‚links‘ von McCain stehen und ein demokratischer Sieg eine jahrelange rechtsgerichtete republikanische Vorherrschaft brechen würde, würde der Liberalismus Auftrieb

erhalten. Und noch wichtiger ist, dass Millionen von Amerikanern demokratische Kandidaten wählen würden in der Hoffnung, diese würden die Fragen anpacken, die die Mehrheit betreffen: Beendigung des Kriegs im Irak, Behebung der Wohnungskrise, Bereitstellung allgemeiner Gesundheitsversorgung. Sollte das politische System des Mainstream damit beginnen, diese ‚liberalen‘ Fragen aufzuwerfen, würde das die Erwartungen der Leute, dass für sie etwas getan werden könne, steigern. Und allein der Durchbruch gegen die erstickende konservative Orthodoxie der letzten Generation würde den Liberalismus zu einer lebensfähigeren ideologischen Alternative für Millionen machen, die eine wirkliche gesellschaftliche Veränderung haben wollen.“

Für die ISO besteht das Ziel darin, den Liberalismus der Demokratischen Partei wieder aufzurichten, der auf der Aufrechterhaltung des rassistischen amerikanischen Kapitalismus basiert (wenn auch mit der Fassade eines „menschlichen Antlitzes“). Da braucht man sich nicht zu wundern, dass ISO-Mitglieder vor Ort in der Bay Area ein Flugblatt verbreiteten mit dem Titel: „Wahlen 08/Das Obama-Phänomen Hoffnung auf Veränderung“.

„Ehrenmänner“ der Bourgeoisie

Selber nur noch eine Hülle ihrer selbst von einst, bringt die Kommunistische Partei (KP) in ihrer Propaganda für die Politik des „kleineren Übels“ der Demokratischen Partei genau das prägnant zum Ausdruck, was der Rest der Linken in etwas mehr gewundenen Begriffen propagiert. *CPUSA Online* (10. April) erklärt in Bezug auf Obama und Clinton geradeheraus: „Keiner der Kandidaten ist von der Linken. Doch die Geschichte lehrt uns, dass die Arbeiterbewegung und die Volkskräfte, wenn sie mobilisiert werden, in einem Klima wie heute fortschrittliche Errungenschaften mit Erfolg durchsetzen können. Franklin Delano Roosevelt kandidierte nicht auf dem Programm eines New Deal, sondern wurde durch die Aktionseinheit von Millionen Arbeitslosen und ihren Verbündeten dazu angetrieben, dieses Programm hervorzubringen. Ein Erdrutschsieg erzeugt mit dem neuen Präsidenten und dem neuen Kongress eine Hebelwirkung zur Organisierung.“

Im Gegensatz zu den Träumen der KP (und der übrigen reformistischen Linken) ist es nicht „das Volk“, das entscheiden darf, wer an der Spitze der US-Regierung steht, sondern es sind die bürgerlichen Herrscher, die ihre Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen, um sicherzugehen, dass sie den Kriterien genügen. Jeder bürgerliche Kandidat – unabhängig von Hautfarbe oder Geschlecht oder wie liberal oder konservativ er sein mag – muss ein „Ehrenmann“ der Bourgeoisie sein, ungefähr analog zu den „Ehrenmann“ der Mafia. Zum Beispiel ist die liberale Ikone Earl Warren am besten bekannt durch seine Rolle als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs bei der Entscheidung *Brown v. Board of Education* von 1954, die von Rechts wegen die Rassentrennung in der Schule abschaffte, und für die Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten unter dem „Warren Court“ während der stürmischen 60er-Jahre. Ursprünglich war Warren ein wenig bekannter Bezirksstaatsanwalt aus Kalifornien, bis er sich durch die abgekartete Strafverfolgung dreier Funktionäre der Maritime Firemen’s Union [Feuerwehrgewerkschaft] an der Westküste seine Sporen verdiente. Die Gewerkschafter wurden wegen Verschwörung angeklagt, weil sie zwei Schläger angeheuert hätten, um einen technischen Leiter zusammenschlagen zu lassen, der die Organisierungsbemühungen der Gewerkschaft bekämpft hatte (und der später zusammengeschlagen und erstochen aufgefunden wurde). Nominiert von der Demokratischen, der Republikanischen und der Progressiven Partei, war Warren von 1939 bis 1942 der Justizminister Kaliforniens, in dieser Funktion forderte er die Deportation japa-

nischer Amerikaner von der Westküste.

Was Franklin D. Roosevelt (FDR) angeht, der ganz der blaublütige Patrizier war, so umfasste seine New-Deal-Koalition als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise alles von der stalinisierten KP über Liberale aus dem Norden bis hin zu rassistischen Dixkraten der Demokratischen Partei im Süden. So lehnte FDR Gesetze gegen das Lynchen ab. Sein New Deal bestand aus lindernden Reformen mit dem Ziel, den gewaltigen Aufschwung der Arbeiterbewegung, der in den 30er-Jahren die integrierten Industriemassengewerkschaften der CIO hervorbrachte, zu ersticken und die Arbeiterbewegung dem Staat unterzuordnen. 1942 gab FDR die berüchtigte Verfügung heraus, japanische Amerikaner für die Dauer des Zweiten Weltkriegs in Konzentrationslager einzusperren. FDR wurde von der KP unterstützt, die dazu beitrug, im Zweiten Weltkrieg viele der fortgeschritteneren Arbeiter für Roosevelt auf Linie zu bringen. Im Gegensatz dazu verurteilten unsere Vorläufer von der trotzkistischen Socialist Workers Party den Zweiten Weltkrieg als einen interimperialistischen Krieg, in dem Revolutionäre zwischen den gegnerischen „Alliierten“ und „Achsenmächten“ keine Seite bezogen, sondern unerschütterlich für die Verteidigung der Sowjetunion und der Roten Armee eintraten. Dafür wurden 18 ihrer Führer eingesperrt. Zur Unterstützung der KP für den Zweiten Weltkrieg gehörten auch Zusicherungen, nicht zu streiken, das Abschwächen des Kampfes für die Rechte der Schwarzen und die Unterstützung für die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Es trifft auch zu, dass Roosevelt J. Edgar Hoover freie Hand ließ, im Inland alles und jeden, den er für „subversiv“ hielt, zu überwachen, nachdem dieser 1934 die Verschwörung zu einem Putsch gegen FDR unterdrückt hatte. Die Details für den Putsch wurden Hoover von Generalmajor Smedley Butler, Ex-Kommandant des US-Marine Corps, verraten. Er war angeblich von der vor kurzem gegründeten faschistoiden American Liberty League, einer Gruppe, die von einer Anzahl prominenter Kapitalisten finanziell unterstützt wurde, gebeten worden, den Marsch einer halben Million Veteranen auf Washington im Interesse der Inszenierung eines Putsches anzuführen. Die freie Hand, die Hoover gegeben wurde, ebnete den Weg für das Counter-Intelligence Program (COINTELPRO), mit dem während der antikommunistischen Hexenjagd unter McCarthy in den 50er-Jahren begonnen wurde. COINTELPRO wurde über die 60er-Jahre hinweg aufrechterhalten und hatte die Ermordung von 38 Mitgliedern der Black Panther Party und die jahrzehntelange Einkerkierung weiterer Hunderter zur Folge, unter ihnen Mumia Abu-Jamal.

Oder man nehme den Kennedy-Klan. Im Jahr 1954 saß Robert F. Kennedy als Rechtsanwalt in Joseph McCarthys Hexenjagdausschuss, dem Senate Permanent Subcommittee on Investigations. Später wurde Robert Kennedy Rechtsanwalt im Senate Select Committee on Improper Activities in the Labor or Management Field unter dem fanatischen Segregationisten [Anhänger der Rassentrennung] John McClellan. Dieses Komitee, in dem dann auch Senator John F.



Liberale Politiker der Demokraten, „Ehrenmänner“ der Bourgeoisie. Links: Franklin D. Roosevelt unterzeichnet 1934 Gesetz zur Verbrechensbekämpfung, das die repressiven Befugnisse von Bundesagenten erheblich ausweitet, während J. Edgar Hoover zuschaut. Oben: Präsident John F. Kennedy, flankiert von Justizminister Robert Kennedy und FBI-Direktor Hoover

Kennedy saß, wurde zur Verfolgung der Gewerkschaften 1957 als Ableger des früheren McCarthy-Komitees geschaffen. Die mächtige Gewerkschaft der Teamsters [LKW-Fahrer] war eine besondere Zielscheibe der Hexenjäger vom Kongress, und Robert Kennedy war berüchtigt für seine Rolle, den Teamsters-Chef James Hoffa in die Mangel zu nehmen, wie es der Film *Hoffa* von 1992 zeigt. Hoffa machte keinen Hehl aus seiner Verachtung für den gewerkschaftsfeindlichen Fatzke aus der herrschenden Klasse. Nachdem John F. Kennedy (JFK) zum Präsidenten gewählt worden war, bildete Robert als Justizminister in seinem Ministerium eine Sondereinheit, die sich Hoffa vorknöpfen sollte, die größte Regierungsoperation gegen einen US-Bürger in der Geschichte des Landes.

Hoover blieb unter dem Kennedy-Regime weiterhin unantastbar der Leiter des FBI. Dies hatte etwas damit zu tun, dass JFK während des Zweiten Weltkriegs auf einem Torpedoboot im Südpazifik gelandet war, eine Geschichte, die er ausschaltete, um seine Verdienste als „Kriegsheld“ hochzuspielen. Die wahre Geschichte ist, dass die Überwachung durch das FBI offenbarte, dass JFK seit Ende 1941 eine Affäre mit der Dänin Inga Arvad hatte, die als Nazi-Spionin galt. Kennedys politisch einflussreicher Vater Joe, ein notorischer Antisemit und Hitlerbewunderer und bis Anfang 1941 US-Botschafter in Britannien, lehnte den Kriegseintritt der USA ab. Wie Seymour Hersh in *The Dark Side of Camelot* schrieb: „Die Männer an der Spitze – Franklin D. Roosevelt und J. Edgar Hoover – waren aus Rache interessiert, Joe Kennedy daran zu erinnern, nicht aus der Reihe zu tanzen und dass er es mit Feinden zu tun hatte, die ihm nur zu gerne schaden würden“. So wurde JFK aus „Rache“ in den Südpazifik versetzt, kehrte aber als „Kriegsheld“ nach Hause zurück, nachdem sein Torpedoboot versenkt worden war. Danach startete er seine politische Karriere und wurde 1960 Präsident. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Invasion der Schweinebucht in Kuba 1961, ein spektakulär erfolgloser Versuch, die Kubanische Revolution zu zerschlagen. JFK, mit dem Obama häufig verglichen wird, war der Inbegriff des „Ehrenmanns“ der Bourgeoisie.

Obama, der erste schwarze Kandidat mit einer echten

Chance, zum US-Präsidenten ausgewählt zu werden, verfügt vielleicht nicht über das Ausmaß an „Erfahrung“, das andere bürgerliche Politiker besitzen, doch er hat durch seine Reden und politischen Auftritte klargemacht, dass er seinen bürgerlichen Herrschern treu zu Diensten sein wird. Ein Artikel von Doug Henwood im liberalen *Left Business Observer* (März) bemerkt, dass „das Großkapital keine Probleme mit einem Präsidenten Obama haben würde“, und fügt hinzu, dass viele Bosse von Spitzen-Hedgefonds Obama mögen, „weil sie bis zu einem gewissen Punkt in sozialen Fragen liberal eingestellt sind und sich wahrscheinlich nach etwas weniger Krieg sehnen und weil sie glauben, er sei der Mann, der für sie die Arbeit erledigt. Sie sind auch zuversichtlich, dass er an der Verteilung des Reichtums keinerlei Veränderungen vornimmt.“

Genauso wie Hillary Clinton beruft sich Obama sehr auf die Bilanz der Regierung Bill Clintons in den 90er-Jahren. Beide unterstützen dessen Abschaffung der Sozialhilfe, „wie wir sie kennen“, was Millionen armen Frauen, und zwar überproportional vielen Schwarzen, das Leben ruiniert hat. Beide berufen sich auf Clintons militärische Abenteuer, vor allem den blutigen Luftkrieg der USA/NATO gegen Serbien 1999, als Beispiele für „Menschenrechts“-Interventionen, wie die USA sie durchführen sollten.

Selbstverständlich fordern weder Clinton noch Obama einen sofortigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak – allenfalls sind sie für einen „verantwortungsvollen“ Abzug von „Kampftruppen“ unter Beibehaltung der Militärstützpunkte in diesem Land und allgemeiner im Nahen Osten. Ihre Opposition zur Besetzung des Irak basiert rein auf der Kalkulation, dass sie für den US-Imperialismus eine Katastrophe ist – im Gegensatz zur blutigen Besetzung Afghanistans, die sie beide leidenschaftlich unterstützen. Obama hat sogar damit gedroht, zur Verfolgung von Al Qaida Pakistan zu bombardieren.

Während Hillary Clinton zu einem völligen Boykott der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Beijing diesen Sommer aufrief, hat Obama zuletzt zu einem ähnlichen Boykott aufgerufen, falls China nicht „die Würde, die Sicherheit und die Menschenrechte des tibetischen Volkes respektiert“. Ziel solcher Aufrufe ist es, das Gewicht der bürgerlichen öffentlichen Meinung hinter der konterrevolutionären Bewegung „Freiheit für Tibet“ zu verstärken – eine Bewegung, die besonders bei der reformistischen Linken interna-

tional populär ist –, um die Chinesische Revolution von 1949, die die bürgerliche Herrschaft in diesem Lande stürzte, zu unterminieren und letztendlich zu Fall zu bringen.

Vor allem seit der konterrevolutionären Zerstörung der ehemaligen Sowjetunion, des militärisch-industriellen Machtzentrums der nichtkapitalistischen Welt, tritt der US-Imperialismus bei seinen blutigen Abenteuern im Ausland immer dreister auf. Durch das Schlamassel der Irak-Besetzung haben sich die US-Imperialisten eine Zeitlang verzettelt, doch ihre strategischen Interessen erfordern vielseitige konterrevolutionäre Anstrengungen, die sich nicht zuletzt gegen den deformierten Arbeiterstaat China richten.

Wir Trotzskisten traten für die bedingungslose militärische Verteidigung der ehemaligen Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten ein, während wir für politische Arbeiterrevolutionen kämpften zum Sturz der stalinistischen Bürokraten und zu ihrer Ersetzung durch Regime, die auf Arbeiterdemokratie und revolutionärem Internationalismus basieren. Heute widersetzen wir uns jedem einzelnen Fall von imperialistischer Verwüstung durch unsere „eigenen“ Herrscher und treten für die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten ein: China, Kuba, Nordkorea, Vietnam.

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei

In seinem Aufsatz „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ von 1913 bemerkte Lenin: „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die *Interessen* dieser oder jener Klassen zu suchen“. Die reformistische Linke und die Gewerkschaftsobere dienen mit ihrer Propaganda für die Politik des „kleineren Übels“ der fortgesetzten Täuschung der arbeitenden und unterdrückten Massen, die das Wesen der bürgerlichen Demokratie ausmacht.

Notwendig ist ein politischer Kampf, das multirassische Proletariat von seinem Klassenfeind zu brechen. Wir kämpfen für die Mobilisierung des Proletariats für seine eigenen Interessen und für die Interessen aller Unterdrückten – im Kampf gegen rassistische Unterdrückung, für Frauenrechte, für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten – unabhängig von und in Opposition zu der Bourgeoisie und ihren Parteien. Die multirassische Arbeiterklasse braucht ihre eigene Partei, eine revolutionäre Partei, die Sektion einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, die als „Volkstribun“ handelt und einen Kampf führt zum Sturz der kapitalistischen Ordnung durch eine sozialistische Revolution und zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Dies ist Teil des Kampfes, die kapitalistische Ordnung durch eine Reihe von sozialistischen Revolutionen international zu stürzen, was die Grundlage legen kann für die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft, die frei von Ausbeutung, Rassenunterdrückung und jeglicher anderen Form von Unterdrückung und Krieg ist.

Wie Trotzki im *Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution* von 1940 schrieb:

„Aber das große historische Problem wird auf keinen Fall gelöst werden, bevor eine revolutionäre Partei an der Spitze des Proletariats steht. Die Frage des Tempos und der Zeitintervalle ist von enormer Bedeutung; aber sie ändert weder die allgemeine historische Perspektive noch die Richtung unserer Politik. Die Schlussfolgerung ist einfach: Es ist notwendig, die Arbeit der Erziehung und Organisierung der proletarischen Avantgarde mit zehnfacher Energie weiterzutreiben. Genau darin liegt die Aufgabe der IV. Internationale.“ ■



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE1150010060
0011988601

Tibet und die deutsche Linke...

Fortsetzung von Seite 28

tischen, reformistischen Gruppen mit den Imperialisten über „chinesische Unterdrückung“ und fordern „Selbstbestimmung“ für Tibet. Ein anderer Teil der Linken, besonders die exstalinistischen Gruppierungen in und um die sozialdemokratische Partei DIE LINKE, steht dagegen der Kampagne für ein „Freies Tibet“ und ihrer Gallionsfigur, dem „Gottkönig“, ablehnend gegenüber. Diese Gruppen verweisen oft darauf, welcher soziale Fortschritt nach Tibet gebracht wurde, als die Volksrepublik China die reaktionäre „Lamakratie“ vertrieb. Damit sind Gruppen wie DKP/SDAJ, die kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF) oder die Pro-LINKE-Tageszeitung *junge Welt* ein möglicher Pol für Jugendliche und Arbeiter, die von der antikommunistischen Kampagne gegen China angewidert sind.

Das Programm dieser Stalinisten zielt jedoch darauf ab, diese Arbeiter zur Unterstützung eines Flügels der deutschen Bourgeoisie zu bringen. Ebenso wie DIE LINKE und Lafontaine und ein Teil der SPD befürworten sie eine alternative Strategie – eine, die unabhängiger von den USA die Interessen des deutschen Imperialismus vertreten soll. Bei ihren Ratschlägen an die Bourgeoisie in Sachen konterrevolutionärer Strategie sprechen diese Sozialdemokraten und Stalinisten aus Erfahrung: Nachdem Gorbatschow grünes Licht gab, halfen sie dabei, den deformierten Arbeiterstaat DDR zu liquidieren und die prosozialistischen ostdeutschen Arbeiter 1990 in die kapitalistische Wiedervereinigung zu führen.

Gegen diese Politik von Klassenzusammenarbeit und Ausverkauf ist eine proletarisch-revolutionäre Opposition gegen den imperialistischen Feldzug für eine Konterrevolution in China notwendig. Dies ist eine Frage von strategischer Bedeutung für die Arbeiterklasse weltweit – es geht um den stärksten der noch existierenden Staaten, in denen der Kapitalismus gestürzt wurde, wo sich die zahlenmäßig größte Arbeiterklasse der Welt konzentriert. Wie wir schrieben:

„Die Proteste in Tibet sind reaktionär, antikommunistisch und konterrevolutionär. Als Trotzlisten (d.h. authentische Marxisten) kämpfen wir von der Internationalen Kommunistischen Liga für die *bedingungslose militärische Verteidigung* des deformierten Arbeiterstaats China gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische

Konterrevolution – wie wir das auch bei den anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea, Vietnam und Kuba tun. Die Revolution von 1949, die die kapitalistische Herrschaft in China stürzte, brachte den arbeitenden und Bauernmassen des Landes enorme Erregenschaften, auch der Bevölkerung Tibets, wo vor dem Sieg der chinesischen Streitkräfte im Jahre 1959 eine ‚Lamakratie‘ herrschte, unter der Sklaverei weit verbreitet war. Die Sache des ‚Freien Tibet‘ hatte ihren Ursprung in den Machenschaften der CIA und anderer imperialistischer Kräfte, deren Ziel es ist, den Kapitalismus in China wiederherzustellen, was das Land erneut halbkolonialer Knechtschaft unterwerfen würde. Der Ruf nach einem ‚Freien Tibet‘ ist ein Schlachtruf für Konterrevolution und würde in Wirklichkeit imperialistische Oberherrschaft über die tibetischen Massen bedeuten. Die konterrevolutionäre Zerstörung des chinesischen deformierten Arbeiterstaates wäre eine gewaltige Niederlage für das internationale Proletariat und auch für das tibetische Volk.“ („Konterrevolutionäre Unruhen in Tibet“, *Spartakist* Nr. 171, Mai 2008)

China und Tibet: Lackmustest für Revolutionäre

Die Wortführer der antikommunistischen Kampagne gegen China stellen die von Mönchen geführten antichinesischen Unruhen als „heroische“ Proteste gegen „chinesische Unterdrückung“ dar. Ein Artikel des oft zitierten Psychologen und Autors Colin Goldner auf den „Thema“-Seiten der *jungen Welt* (26. März) dagegen stellte fest:

„Für die große Masse der Bevölkerung war das ‚alte Tibet‘ tatsächlich eben jene ‚Hölle auf Erden‘, von der in der chinesischen Propaganda immer die Rede ist; das tibetische Volk aus diesem Elend zu befreien, wurde beim Einmarsch von 1950 als Legitimation und revolutionäre Verpflichtung angesehen.“

In der Tat, die Lebenserwartung der Tibeter stieg von erschreckend geringen 35 Jahren 1950 auf 67 Jahre im Jahr 2001 an; die tibetische Bevölkerung verdoppelte sich von geschätzten 2,75 Millionen 1953 auf über 5,4 Millionen im Jahr 2000. Die Kindersterblichkeit, unglaubliche 43 Prozent im Jahr 1950, nahm dramatisch ab auf 0,661 Prozent im Jahr 2000. Die Entwicklung der Infrastruktur – herausragendes Beispiel ist die kürzliche Eröffnung der Lhasa-Qinghai-



Unterstützung für konterrevolutionäre Kampagne „Freies Tibet“ reicht von CDU bis zu Pseudotrotzkisten. Links: Merkel beim offiziellen Empfang des Dalai Lama, September 2007. Rechts: pabloistische Zeitschrift *Inprekorr* (Mai/Juni) und SAV-Zeitung *Solidarität* (Juni) hetzen gegen China

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Für das Recht auf Selbstbestimmung des tibetischen Volkes

Die chinesische Armee hat Tibet und die angrenzenden Provinzen unter enger Kontrolle. Die Repression gegen die „Randalierer“ die den vergangenen zwei Wochen auf die Straße gegangen sind, scheint ernst. Solidarität und wirksame Anerkennung des Rechte des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung sind nötig.

Pierre Rousset

Einige Linke (selten in Frankreich, häufiger anderswo) verweigern die Solidarität aus Angst, das Spiel der USA ge-

Showdowns im Himalaya. Um die Eröffnung einer neuen Front zu verhindern, hatte die Kommunistische Par-

1950/1951 und besonders nach der Repression von 1959 begannen, sich wie eine Besatzungsmacht aufzuführen. Für Peking bestand die Bedeutung dieses Landes vor allem in ideologischen (nationalistischen) Erwägungen, in seiner geostrategischen Lage und seinen natürlichen Ressourcen (Wasser, Bergbau, Forstwirtschaft ...). Trotz der sozialen Reformen zum Vorteil der Bauern blieb das tibetische Volk Gegenstand einer spezifischen nationaler Unterdrückung.

Förderpreis: 2 Euro

solidarität



SOZIALISTISCHE ZEITUNG



Eisenbahn, die die Autonome Region Tibet mit dem übrigen China verbindet – führte zu wirtschaftlicher Entwicklung und einer Verbesserung des Lebensstandards. Laut einer Veröffentlichung des Informationsamtes des Staatsrats der VR China vom November 2001 mit dem Titel „Tibets Marsch in Richtung Modernisierung“ ist der Anteil von Kindern im Schulalter, die tatsächlich die Schule besuchen, von 2 Prozent vor 1959 auf 85,8 Prozent angestiegen. Und die Anzahl der Krankenhausbetten und des medizinischen Personals pro Einwohner lag über dem nationalen Durchschnitt Chinas.

Diese Errungenschaften insbesondere für die Frauen und Bauern Tibets bezeugen den sozialen Fortschritt, der aus der Enteignung der Kapitalistenklasse und der Großgrundbesitzer und der Einführung proletarischer Eigentumsformen herrührt – Ergebnis der Chinesischen Revolution von 1949. Die Pseudolinken, die die konterrevolutionäre Kampagne „Freies Tibet“ unterstützen, handeln offen als Streikbrecher gegen den chinesischen Arbeiterstaat und die Errungenschaften, die er verkörpert. Die stalinistischen Kritiker der Anti-China-Kampagne leisten dazu auf ihre Art Beihilfe, weil sie den Klassencharakter des chinesischen Staats verstecken. Zum Beispiel kritisiert der *junge-Welt*-Autor Werner Pirker „die von Peking betriebene staatskapitalistische Modernisierung“ und spielt die Anti-China-Kampagne der Imperialisten herunter zu einer „Einmischung in fremder Länder Angelegenheiten“. Damit wird der konterrevolutionäre Charakter dieser Kampagne verleugnet.

Die Revolution von 1949, die die chinesische Bourgeoisie und die Guomindang-Armee von Chiang Kai-shek vom Festland vertrieb, zerschlug den bürgerlichen Staat. Aber China war seit 1949 von Anfang an ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, der von einer privilegierten nationalistischen Bürokratie politisch beherrscht wurde. Im Gegensatz zur Bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki, die 1917 die Arbeiterklasse an der Spitze der Bauern und Soldaten Russlands zum revolutionären Aufstand und zur Errichtung der Herrschaft von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten führte, stützte sich die Kommunistische Partei Chinas unter Mao Zedong nicht auf die Arbeiterklasse, sondern auf die Bauernschaft. Sie gestaltete den chinesischen Arbeiterstaat nach dem Muster der Sowjetunion von 1949, die zu der Zeit schon eine politische Konterrevolution durchlaufen hatte. Gegen den Widerstand der sich formierenden linken Opposition hatte dort die stalinistische Bürokratie die bolschewistische Partei erwürgt und der Arbeiterklasse die politische Macht

entrisen. Im Bruch mit dem bolschewistischen Internationalismus verkündete Stalin ab Ende 1924 die zutiefst antimarxistische Vorstellung, dass Sozialismus – der Anfang einer klassenlosen, egalitären Gesellschaft, die auf materiellem Überfluss basiert – in einem einzelnen Land aufgebaut werden könne. Von Anfang an unterdrückte das KP-Regime in China unabhängiges Handeln der Arbeiterklasse und schloss sie von der politischen Macht aus. Die Interessen einer nationalistischen Bürokratenkaste repräsentierend übernahm das Regime in Beijing die stalinistische Doktrin des „Sozialismus in einem Land“ für sich.

Ohne Ausweitung der Revolution auf die fortgeschrittenen Industrieländer kann die Rückständigkeit Chinas nicht überwunden werden. Die realen Errungenschaften, die den tibetischen Massen in Folge der Revolution zugutekamen, existieren Seite an Seite mit fortwährenden Ungleichheiten, und einer privilegierten Stellung für Han-Chinesen. Es ist dringend notwendig, dass das chinesische Proletariat den Han-Chauvinismus der stalinistischen Bürokratie bekämpft und sich gegen jegliche Diskriminierung von nationalen und ethnischen Minderheiten stellt. Das Schicksal des tibetischen Volkes ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für politisch-proletarische Revolution in China und sozialistische Revolution in den kapitalistischen Ländern.

Die Leugnung des Klassencharakters des chinesischen Staates kann nur der Bourgeoisie dienen. Marx, Engels und Lenin erklärten, dass *jeder Staat* eine Kraft für die Aufrechterhaltung von Klassenherrschaft ist, das Produkt eines *unversöhnlichen* Konflikts von Klasseninteressen. Daher ist die Haltung gegenüber dem Staat die grundlegende Scheidelinie zwischen revolutionärem Marxismus und jeder Art von Reformismus. Gegen die reformistische Konzeption, die bürgerliche Staatsmaschinerie stünde über den Klassen und könne reformiert werden, um den Interessen der Arbeiter und der Unterdrückten zu dienen, erklärte Lenin in *Staat und Revolution* (1917) über die Lehren der Pariser Kommune: „Der Marxsche Gedanke besteht darin, dass die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine‘ *zerschlagen, zerschlagen* muss und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf.“ Umgekehrt muss eine kapitalistische Konterrevolution in China den jetzigen deformierten Arbeiterstaat zerstören und den Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse brechen.

Die gesamte vorgebliche Linke, von den Pseudotrotzkisten bis zu den Stalinisten, leugnet eben dies. Sie alle unterstützen DIE LINKE, die z. B. gegenwärtig in Berlin den bürgerlichen Staat in Koalition mit der SPD verwaltet und die Drecksarbeit für die Kapitalisten erledigt. Sie streben nach einer Regierungskoalition auf nationaler Ebene, um eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus zu verfolgen. *Junge Welt*, DKP etc. kritisieren die Führung der LINKEN, *wie* diese den kapitalistischen Staat verwaltet – z. B. sind SPD und Grüne wünschenswerte Koalitionspartner oder zu „neoliberal“. Sie kritisieren nicht, *dass* sie es überhaupt tut. Daher ist es auch bedeutungslos, wenn sich manche in stalinistischen Gruppen wie der DKP Wortgefechte liefern, ob China nun „sozialistisch“ sei oder nicht. Wie der Rest der reformistischen Linken, einschließlich derer, die China als „kapitalistisch“ abschreiben, halten sie das kapitalistische Venezuela für „sozialistisch“, weil der bürgerliche Populist Chávez, der durch bürgerliche



Burke/Life

Volksbefreiungsarmee beim Einmarsch in Beijing, Januar 1949. Chinesische Revolution zerschlug Herrschaft von Großgrundbesitzern, Kapitalisten

Wahlen die Verwaltung des intakten bürgerlichen Staats übernahm, einige bescheidene Reformen durchführte, finanziert durch steigende Einnahmen aus der Erdölförderung. Seine gelegentlichen „sozialistischen“ Worthülsen sollen nur die arbeitenden und armen Massen an die kapitalistische Herrschaft ketten.

Chinas Marktformen der vergangenen Jahrzehnte haben die Widersprüche in der Gesellschaft enorm verschärft. Aber im Gegensatz zum weit verbreiteten Glauben, China sei schon kapitalistisch oder unwiderruflich auf dem Weg dorthin, ist die stalinistische Bürokratie nicht in der Lage, eine kalte schrittweise Restauration des Kapitalismus von oben durchzuführen. Der Privatsektor einschließlich der ausländischen Unternehmen besteht vor allem aus Leichtindustrie. Die strategisch weitaus bedeutendere Industrie dagegen – Stahl, Nichteisenmetalle, Schwermaschinenbau, Telekommunikation, Energie, Petrochemie – ist in Staatsunternehmen konzentriert. (siehe dazu „Chinas ‚Marktformen‘ – eine trotzkistische Analyse“, *Spartakist* Nr. 164, Herbst 2006, und Nr. 165, Winter 2006/2007). Die herrschende stalinistische Bürokratie ist eine widersprüchliche Kaste, nicht eine homogene Klasse, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln basiert. Die Bürokratie verteidigt ihr politisches Monopol im Interesse ihrer eigenen engen nationalen Interessen und Privilegien. Um den Imperialismus zu beschwichtigen, sabotiert sie international die Arbeiterrevolution und unterdrückt die Arbeiterdemokratie im eigenen Land. Gleichzeitig stützt sie sich auf proletarische Eigentumsformen und verteidigt daher den Arbeiterstaat, wenn auch halbherzig und mit Methoden, die den Weg für zukünftige Niederlagen bereiten.

Ausgehend von der bedingungslosen militärischen Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats gegen kapitalistische Restauration ist es nötig, eine proletarisch-politische Revolution durchzuführen, um die parasitäre stalinistische Bürokratie zu stürzen. Dies wäre eine politische, keine soziale Revolution, sie würde die Herrschaft der Bürokratie zerschmettern und Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte an die politische Macht bringen. Letztendlich können nur neue Oktoberrevolutionen weltweit die grundlegenden Probleme Chinas lösen: die chinesische Landwirtschaft qualitativ zu modernisieren, die Schere zwischen Stadt und Land zu schließen, die Produktivität der Industrie zu erhöhen und die imperialistische Umzingelung zu durchbrechen. Nötig ist eine Reihe von Arbeiterrevolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wie Japan, Deutschland und den USA, um den Weg zu einer internationalen Planwirtschaft zu eröffnen, die auf vergesellschaftetem Eigentum basiert.

Die wachsenden Widersprüche werden früher oder später zum Zusammenbruch des stalinistischen Bonapartismus und der herrschenden Kommunistischen Partei führen. Was folgt, ist eine Frage des Kampfes, des Kampfes um eine revolutionäre Führung: Entweder eine kapitalistische Konterrevolution bricht den Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse und zerstört den Arbeiterstaat oder eine proletarisch-politische Revolution siegt und kämpft darum, die Revolution international auszuweiten. Die IKL und ihre deutsche Sektion, die SpAD, kämpfen darum, die Vierte Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, das unentbehrliche Instrument, um die revolutionären Kämpfe, die unweigerlich kommen werden, zum Sieg zu führen. Trotzki beschrieb treffend, wie unsere reformistischen Gegner im Gegensatz dazu „eine Erziehung der Massen im Geiste der Anerkennung der Unerschütterlichkeit des bürgerlichen Staates“ (*Lehren des Oktober*, 1924) betreiben. Deren Anpassung an die kapitalistische Klassenherrschaft ist heutzutage umso krasser, als die Welt geprägt ist von der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjet-



Berlin, 19. April: Demonstration von 3000, überwiegend Studenten, gegen antichinesische Kampagne

union und dem Triumphgeschrei der imperialistischen Herrscher über den „Tod des Kommunismus“.

„Schneider-Eklat“: Die alternative Strategie der LINKEN für Konterrevolution in China

Gegenwärtig ist die reformistische Linke vor allem damit beschäftigt, Lafontaines und Gysis sozialdemokratische Partei DIE LINKE aufzubauen. Funktion der LINKEN ist es, Arbeiter, Jugendliche und Unterdrückte, die wütend und desillusioniert über die SPD sind, wieder einzufangen und für ihr Programm der Klassenzusammenarbeit und Unterstützung des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Die Kontroverse über Christiane Schneiders Rede für die Fraktion der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaftssitzung am 2. April zeigt, wie es funktioniert. Schneider sagte: „Die VR China hat sich aus der Erniedrigung kolonialer Abhängigkeit durch das imperialistische Ausland durch einen langen Krieg befreien müssen“; sie sprach über „gewaltige Fortschritte“ der Modernisierung in China. Sie argumentierte gegen „eine Schwarz-Weiß-Zeichnung der schrecklichen Ereignisse in Tibet und eine einseitige Parteinahme“ und übte milde Kritik an der „Oppositionsbewegung“ in Tibet und am Dalai Lama: „Die Weltgesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten keine guten Erfahrungen mit Religionsführern gemacht, die sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Opposition in die Politik mengten. (z. B. Khomeini)“.

Als Antwort auf diese Abweichung von der antichinesischen Hysterie folgte ein Wutausbruch von bürgerlicher Presse und Politikern, besonders über Schneiders indirekten Vergleich des „Gottkönigs“ mit Khomeini. Dieser Aufschrei läuft parallel mit der breiteren, unaufhörlichen antikommunistischen Kampagne – aktuell der neueste Versuch, Gysi durch ständig wiedergekäute „Stasi“-Vorwürfe in den Boden zu stampfen –, mit der die SPD und die bürgerlichen Parteien versuchen, sowohl DIE LINKE bei den Wahlen zu schwächen als auch die DDR zu dämonisieren.

Die antikommunistische Kampagne findet ihr Echo innerhalb der LINKEN, was die Risse innerhalb dieser bürgerlichen Arbeiterpartei zeigt. Ulrike Eifler, Landessprecherin der LINKEN in Hessen, betrieb in einem Interview mit



Peter Turnley

Beijing, Mai 1989: Arbeiter und Studenten verbrüdernd sich mit Soldaten, die Aufstand unterdrücken sollten – eine beginnende politische Revolution gegen das stalinistische Regime. Rechts: Spartakist vom Juni/Juli 1989

marx21 (April 2008), Zeitung der pseudotrotzkistischen Cliff-Anhänger, die antikommunistische Hetze, Chinas Politik trage „koloniale Züge“: „Die Politik der chinesischen Regierung ist also durchaus vergleichbar mit der Besetzung von Irak oder Afghanistan. Linke sollten auf diese Parallelen hinweisen und klarmachen, dass sich die Hauptakteure imperialistischer Politik im Kern ähneln.“ André Brie – ein Ideologe des „Reformflügels“ der LINKEN und Europaabgeordneter, der bereits einen Antrag gegen den deformierten Arbeiterstaat Kuba unterstützte – schrieb gemeinsam mit Mitgliedern der italienischen exstalinistischen Rifondazione Comunista einen Antragsentwurf für das Europäische Parlament, in dem China denunziert wird. Die Europaabgeordneten der LINKEN Tobias Pflüger und Sahara Wagenknecht stimmten dagegen.

Hinter den Differenzen innerhalb der LINKEN steht die Frage, auf welchem Weg am besten eine Regierungskoalition auf nationaler Ebene erreicht werden kann. Ein Artikel der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sagte über Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der LINKEN: „Er weiß auch: SPD und Grüne wären leichter zu gewinnen, wenn sich die Linkspartei konsequent für die Menschenrechte einsetzte“ („Linke Logik: Cuba Sí, Tibet No“, *FAZ.NET*, 22. Mai). Der Konflikt für DIE LINKE besteht darin, einerseits der Bourgeoisie ihre Verlässlichkeit zu beweisen, andererseits den Arbeitern ihre Klassenzusammenarbeit als „Alternative“ zu verkaufen.

Trotz des antikommunistischen Aufschreis über Schneiders Rede ist deren wirklicher Kernpunkt der, die antikommunistische „Menschenrechts“-Kampagne zu unterstützen, „uneingeschränkt“, wie sie in ihrer Rede klarstellte. Und damit ist sie sich in der China-Politik mit den LINKEN-Spitzen einig. MdB Michael Leutert legte die alternative Strategie der LINKEN für Konterrevolution dar, als er gegen den Aufruf der Grünen für einen Olympiaboykott argumentierte:

„Stattdessen gilt es, die Chinesen bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Lösungsstrategien zu unterstützen...

DIE LINKE fordert, die auf bilateraler und internationaler Ebene bestehenden Möglichkeiten zur Einflussnahme wie den deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog oder den EU-Menschenrechtsdialog ebenso zu nutzen wie die Arbeit des Goethe-Instituts oder der deutschen Parteistiftungen.“ (Pressemitteilung vom 3. April)

Leutert und DIE LINKE treiben den „Rechtsstaatsdialog“ und andere solcher „Dialoge“ als effektivere Mittel zur

Konterrevolution voran; diese Politik ähnelt der von Steinmeier und der SPD. Sie ist eine Fortsetzung der SPD-„Ostpolitik“ gegenüber DDR und Sowjetunion, die Mitte der 60er-Jahre von Egon Bahr und Willy Brandt entwickelt und als „Wandel durch Annäherung“ beschrieben wurde. Hier bedeutete „Wandel“ immer kapitalistische Konterrevolution, aber im Namen von „Demokratie“, „sozialer Marktwirtschaft“, „Menschenrechten“ etc. Wie schon im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion verstehen die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Handlanger unter „Menschenrechten“ vor allem eines: das Recht der Bourgeoisie, die arbeitenden Massen unbegrenzt ausbeuten und versklaven zu können. Und China verstieß gegen dieses „Recht“ durch die Revolution von 1949.

DIE LINKE ist ebenso wie die SPD eine *bürgerliche Arbeiterpartei*, d. h. sie hat eine Basis in der Arbeiterklasse,

aber ihre Führung und ihr Programm sind prokapitalistisch. Ihr Wert für die kapitalistischen Herrscher liegt in ihrer Fähigkeit, die Arbeiterklasse an ihre eigenen Ausbeuter zu ketten, hauptsächlich dadurch, dass die Klassenausbeutung hinter klassenlosen Begriffen wie „Demokratie“ versteckt wird. Die Sozialdemokratie ist eng verbunden mit der Gewerkschaftsbürokratie, die sich, wie Lenin erklärte, auf eine dünne privilegierte Schicht der Arbeiterklasse stützt, die Arbeiteraristokratie, die durch die Superprofite der imperialistischen Ausbeutung bestochen wurde und sich mit den Interessen ihrer „eigenen“ Bourgeoisie identifiziert. Die Gewerkschaftsbürokratie propagiert das chauvinistische Programm des „Standort-Deutschland“-Protektionismus, der sich insbesondere gegen China richtet, um Klassenkampf gegen die Bosse hier abzuwürgen und die Arbeiter für den konterrevolutionären Feldzug gegen China zu mobilisieren (siehe „Sozialdemokratie treibt im Namen von ‚Demokratie‘ und ‚Arbeiterrechten‘ Konterrevolution voran – Verteidigt China gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!“, *Spartakist* Nr. 169, Winter 2007/2008).

Was die Führung der LINKEN betrifft, so spricht diese aus Erfahrung, wenn sie den Bossen Ratschläge erteilt, wie man einen Arbeiterstaat liquidiert. DIE LINKE entstand durch eine Fusion unter Lafontaines und Gysis Führung, und zwar aus der WASG – einer Abspaltung der SPD, der ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie und linke SPDler angehörten – und der PDS (siehe „Vereint in Protektionismus und Antikommunismus: WASG fusioniert mit PDS“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007). Lafontaine spielte 1989/90 eine wichtige Rolle innerhalb der SPD, die als Trojanisches Pferd der Konterrevolution agierte. Er propagierte eine schrittweise Wiedervereinigung über eine Zwei-Staaten-Lösung und benutzte Phrasen über ein „gemeinsames Europa“, um Unbehagen innerhalb der Arbeiterklasse (West und Ost) über den offenen deutschen Revanchismus von Kohl und Brandt zu beschwichtigen. Die PDS andererseits ist das Zerfallsprodukt der ostdeutschen stalinistischen Bürokratie. Nachdem Gorbatschow entschied, die DDR an den westlichen Imperialismus auszuverkaufen, kam die SED-Führung unter Modrow/Gysi im Februar 1990 mit der Parole „Deutschland einig Vaterland“ heraus – die SED wurde zur PDS und half bei dem Verrat, um sich im kapitalistischen Vierten Reich als sozialdemokratische Oppositionspartei zu etablieren. Sie boten die DDR den Herren der Deutschen Bank für den richtigen „Umtauschkurs“ mit „Wir sind ein Volk, 1:1“ an.



Fotos: Spartakist

Berlin, 4. November 1989: Eine Million Menschen demonstrierten mit prosozialistischen Losungen, Ausdruck beginnender proletarisch-politischer Revolution gegen stalinistische Bürokratie. Mitte: erste Ausgabe der Spartakist-Arbeiterpressekorrespondenz (7. Dezember 1989), die wir damals fast täglich herausgaben

Die Sozialdemokratie ist das zentrale Hindernis einer Arbeiterrevolution in Deutschland; die strategische Aufgabe für Marxisten ist es, im Verlauf von Klassenkampf die Arbeiterbasis dieser bürgerlichen Arbeiterparteien von der prokapitalistischen Führung zu brechen und eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen. Dies bedeutet insbesondere, Arbeiter von den Varianten sozialdemokratischer Klassenzusammenarbeit zu brechen, wie sie DIE LINKE und ihre „linken“ Anhängsel repräsentieren, die als Alternative zur SPD verkauft werden.

DKP/KPF/junge Welt – Erben von Stalin, dem Totengräber der Revolution

Die Leute um DKP/junge Welt nehmen eine etwas kritischere Haltung gegenüber der „Menschenrechts“rhetorik der Imperialisten ein. So lautete eine Überschrift der DKP-Zeitung *unsere zeit* (21. März) zu Tibet: „Es geht nicht um Menschenrechte“. Die *junge Welt* (14. April) druckte einen Aufruf ab unter dem satirischen Titel „Olympia für Hunde und Chinesen verboten“ und prangerte die „schändliche Kampagne zur Dämonisierung der Volksrepublik China“ an. Zu den Unterzeichnern gehörten Werner Pirker, die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Ulla Jelpke und Norman Paech, Hans Heinz Holz von der DKP, Sahra Wagenknecht von der KPF sowie Hans Modrow.

Diese Kritik basiert *nicht* auf Klassenopposition gegen die konterrevolutionäre Kampagne und den Imperialismus, sondern diese Stalinisten verbreiten die tödliche Illusion, man könne die Imperialisten durch eine andere Art von Politik unter Druck setzen, „Menschenrechte“ „wirklich“ sicherzustellen. Deshalb propagieren sie alle die Vereinten Nationen und „Völkerrecht“ als Mittel, den US-Imperialismus und die NATO im Zaum zu halten. Die DKP formulierte dies in der gemeinsamen Erklärung mit der KP Russlands (KPRF) anlässlich des 65. Jahrestags des Überfalls auf die UdSSR „Gegen antikommunistische Klischees und Verleumdungen“ (*unsere zeit*, 16. Juni 2006):

„Unter Missachtung des in der Charta der Vereinten Nationen kodifizierten Völkerrechts erheben die herrschenden Kreise der USA und der NATO, die Führungskreise der EU heute den anmaßenden Anspruch, den Völkern in allen Erdteilen ihre Vorstellungen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten aufzwingen ... zu können.“

Die UNO ist eine Räuberhöhle der imperialistischen Diebe und ihrer Opfer, die den „großen“ imperialistischen Mächten als Feigenblatt dient: sie soll ihre widerstreitenden

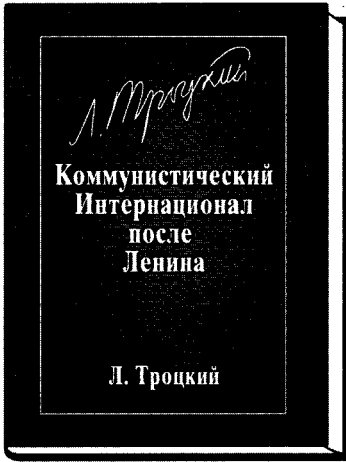
Interessen ausgleichen und gegen Herausforderungen verteidigen. So bestand die erste wirkliche Handlung der UNO 1950 darin, im Namen des „internationalen Rechts“ den US-geführten konterrevolutionären Koreakrieg zu sanktionieren. Die 1991 gegen den Irak verhängte UN-Hungerblockade – damals von der PDS unterstützt – kostete 1,5 Millionen Irakern das Leben und machte das Land sturmreif für den Angriff des US-Imperialismus und seiner Alliierten zwölf Jahre später.

Die Stalinisten, Lafontaine – und mit ihnen ein Teil der deutschen Bourgeoisie, der einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat fordert – sind vor allem deshalb scharf auf die UNO, weil die USA hier relativ gesehen weniger Gewicht haben als im NATO-Bündnis, das sie noch mehr dominieren. Das ist Sozialchauvinismus, die deutsche Arbeiterklasse soll ihren „eigenen“ Ausbeutern untergeordnet werden, es vergiftet internationalistisches Klassenbewusstsein und stellt die deutsche Arbeiterklasse gegen ihre Klassenbrüder in den USA, aber auch in China und anderswo in der Welt. Dieses Programm steht auch im Widerspruch zur notwendigen Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats gegen den Imperialismus. So ruft die gleiche gemeinsame Erklärung von DKP und KPRF zur *Entwaffnung Chinas* auf:

„Die heute vorherrschende Dynamik der Hochrüstung in aller Welt muss durch eine Dynamik der weltweiten Abrüstung ersetzt werden. Eine erstrangige Forderung ist dabei die Ächtung und international kontrollierte Vernichtung aller Atomwaffen einschließlich der Atomwaffenbestände der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Russlands und Chinas.“

Trotz Kritik in taktischen Fragen, der gemeinsame Nenner von DKP, KPF und *junge Welt* mit dem Mainstream der LINKEN ist Klassenzusammenarbeit und Pazifismus. Im Frühjahr 2005 schlug der damalige SPD-Kanzler Schröder vor, das Verbot von Waffenexporten aus der EU nach China aufzuheben (wahrscheinlich der einzige nicht-reaktionäre Vorschlag seiner gesamten Amtszeit). Daraufhin unterstützten die PDS-Bundestagsabgeordneten einen Gegenantrag der Christdemokraten. Petra Paus Rede während dieser Bundestagsdebatte (14. April 2005) sagt eine Menge über die Rolle der LINKEN aus:

„Ich bekam vor der heutigen Debatte Post von einem Journalisten einer linken, einer sehr linken Zeitung. Er mahnte meine Kollegin und mich: Ihr werdet doch nicht etwa dem CDU/CSU-Antrag zustimmen, noch dazu in einer Zeit, in der die USA ihren Militärring um China



kein Bildnachweis



Universal

Mitte: Bewaffnete Arbeitermiliz in Shanghai, 1927. Rechts: Chiang Kai-shek, Führer der bürgerlichen Guomindang (GMD) und Henker der chinesischen Revolution von 1925–27. Gründungskader der KP Chinas wurden für die Internationale Linke Opposition gewonnen durch Trotzki's programmatische Kritik an der selbstmörderischen Unterordnung unter die GMD. Diese Kritik wurde zusammengefasst in *Dritte Internationale nach Lenin* (links)

zusammenziehen und aufrüsten. Ich sage sehr deutlich: Wir, die PDS im Bundestag, sind dennoch dagegen, dass China mit deutscher oder europäischer Hilfe hochrüstet. Wir wollen generell, dass weltweit abgerüstet wird, dass Krieg kein Mittel der Politik ist und dass das Geschäft mit dem Tod endlich weltweit geächtet wird.

Das unterscheidet uns von CDU und CSU. Deshalb werden wir ihrem Antrag dann auch zustimmen.“

Das sollte Arbeitern und antiimperialistischen Jugendlichen als Warnung dienen: Pazifismus entwaffnet *immer* die Arbeiter und Unterdrückten, *nie* die Bourgeoisie! Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Handlangern der Imperialisten sind wir dafür, dass China, Nordkorea, Kuba und Vietnam wirksame Waffen testen, entwickeln oder anderweitig bekommen, „konventionelle“ oder Atomwaffen; dies ist Bestandteil unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung dieser Staaten gegen den Imperialismus.

Die alternative Strategie der stalinistischen Reformisten für den deutschen Imperialismus überschneidet sich zu einem gewissen Grad mit der Außenpolitik der Bürokratien in Beijing, Havanna, Hanoi und Pjöngjang, die in ihrem vergeblichen Bestreben nach „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus Illusionen propagieren, insbesondere über „progressive, demokratische“ imperialistische Mächte wie Deutschland. Die offiziellen Erklärungen Chinas, die die Unruhen in Tibet verurteilen, machten einzig den Dalai Lama dafür verantwortlich und erwähnten nicht die Rolle der Imperialisten. In einer Reihe von Städten weltweit gab es Proteste, hauptsächlich von chinesischen Studenten, gegen die Anti-China-Kampagne der Medien und die Provokationen gegen den olympischen Fackellauf. In Deutschland wurde bei diesen Protesten besonderer Nachdruck darauf gelegt, dass die Medienhetze die deutsch-chinesische „Freundschaft“ unterminiere! Die chinesische Regierung unterstützt kriminellerweise den rassistischen, von den Imperialisten geführten „Krieg gegen Terror“ und hilft den Imperialisten, Druck auf Nordkorea auszuüben, seine Entwicklung von Atomwaffen zu stoppen. Diese Beschwichtigung verstärkt die militärische Umzingelung Chinas nur noch weiter. Die Bürokratie in Beijing unterstützte auch verräterischerweise in den 80er-Jahren die CIA und die Mudschaheddin gegen die Sowjetunion in Afghanistan. Dies war Teil ihres antisowjetischen Bündnisses mit dem US-Imperialismus, das unter Mao 1972 mitten im Vietnamkrieg begann.

Leo Trotzki, der mit Lenin die Oktoberrevolution von 1917 führte und die Rote Armee organisierte, sah in seinem grundlegenden Werk *Die Dritte Internationale nach Lenin*

schon 1928 die sozialchauvinistischen Implikationen der stalinistischen „Theorie“ vom „Sozialismus in einem Land“ voraus:

„Die unerschütterliche Überzeugung, dass man das grundlegende Ziel der Klasse noch viel weniger als die Teilziele mit nationalen Mitteln oder innerhalb nationaler Grenzen erreichen kann, bildet den Kern des revolutionären Internationalismus...“

Wenn es generell möglich ist, den Sozialismus in einem Land zu verwirklichen, dann kann man doch an diese Theorie nicht nur *nach*, sondern auch *vor* der Ergreifung der Macht glauben... Das wird der Anfang des Zerfalls der Komintern entlang der Linien des Sozialpatriotismus sein. Die Kommunistische Partei irgend eines kapitalistischen Landes, die von dem Gedanken durchdrungen ist, dass in ihrem speziellen Land alle ‚notwendigen und ausreichenden‘ Voraussetzungen für den selbständigen Aufbau des ‚vollendeten Sozialismus‘ vorhanden sind, wird sich nicht mehr grundlegend von der sozialpatriotischen Sozialdemokratie unterscheiden, die auch nicht erst bei Noske angefangen hat, sondern bereits am 4. August 1914 über genau die gleiche Frage gestolpert ist.“

Die negativen Konsequenzen, gegen die Trotzki und die Internationale Linke Opposition mit aller Macht kämpften, traten tatsächlich ein: die Komintern degenerierte in den Reformismus und wurde dann von Stalin vollständig aufgelöst, als Geste an die Imperialisten Britanniens und der USA.

Heute basieren die Sympathien (wie platonisch auch immer) der Stalinisten von DKP/KPF/*junge Welt* mit den herrschenden stalinistischen Bürokratien auf ihrer gemeinsamen Opposition gegen Arbeiterrevolutionen in den kapitalistischen Ländern sowie gegen proletarisch-politische Revolutionen in den deformierten Arbeiterstaaten. Der Verrat an Arbeiterrevolutionen international im Namen des „Sozialismus in einem Land“ und die Unterdrückung von Arbeiterdemokratie in ihren eigenen Ländern wurden immer im Namen der „Aufrechterhaltung des Status quo“ gerechtfertigt. So in einem Interview in der *jungen Welt* (14. April) mit Hermann Kopp, Redaktionsmitglied der *Marxistischen Blätter* und im Namen der Marx-Engels-Stiftung der DKP auch Organisator der Konferenz „China im Aufbruch – wohin?“, die im April in Marburg stattfand. Befragt über die Ansichten der hessischen Landessprecherin der LINKEN, Ulrike Eifler (siehe oben), die ebenfalls an der Konferenz teilnahm, antwortete er,

„sie referierte über Klassenkämpfe in China, wobei sie von den Auseinandersetzungen im Jahre 1989 und dem

sogenannten Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking ausging. Ihre Positionen blieben ziemlich isoliert, für ihre Argumente konnte sich kaum jemand erwärmen.“

Die Antikommunistin Eifler versucht, die Unzufriedenheit der chinesischen Arbeiterklasse für ihre konterrevolutionären Zwecke zu manipulieren. Und die bankrotte Antwort der DKP besteht darin, die chinesische Bürokratie und ihre blutige Niederschlagung des Tiananmen-Aufstands zu entschuldigen. Damals lobte die Honecker-Bürokratie in der DDR kriminellerweise die blutige Unterdrückung auf dem Tiananmen, was zu Recht bewirkte, dass die DDR-Bevölkerung sie nur noch stärker verachtete. Die DKP damals, sowieso in der Krise über Gorbatschows Glasnost und Perestroika, wand sich, da sie zwischen ihren Loyalitäten für Bonn, Ostberlin und Moskau hin- und herschwankte.

Tiananmen 1989 war – ebenso wie die Bewegung im Herbst jenes Jahres in der DDR – eine beginnende *proletarisch-politische Revolution*, keine Bewegung für „westliche Demokratie“, wie dies sowohl die Stalinisten als auch die Imperialisten lügnerisch behaupten. Die soziale Macht der Arbeiterklasse, deren Kontingente sich den Studentenprotesten auf dem Tiananmenplatz im Mai 1989 anschlossen, verlieh diesen Ereignissen ihren potenziell revolutionären Charakter. Die Protestierenden brachten wachsende Unzufriedenheit über die Auswirkungen der „Marktrefor-men“ zum Ausdruck, sie sangen die Internationale und trugen Mao-Porträts. Es dauerte zwei Wochen, bevor die stalinistische Führung unter Deng eine loyale Armeeinheit finden konnte, die den Aufstand blutig unterdrückte. Die 38. Armee der Volksbefreiungsarmee (einschließlich der Kommandeure), die in Beijing stationiert war, verweigerte den Befehl, auf die Arbeiter und Studenten zu schießen, was deutlich den heterogenen, widersprüchlichen Charakter der Bürokratie zeigt.

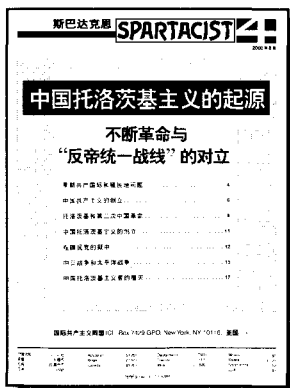
Vom November 1989 an setzten wir von der IKL alle unsere Kräfte ein, um in die beginnende politische Revolution in der DDR zu intervenieren, ein Kampf gegen kapitalistische Konterrevolution und für revolutionäre Wiedervereinigung: für proletarisch-politische Revolution im Osten und sozialistische Revolution im Westen, für ein rotes Räte-deutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. In unserer Zeitung *Arbeiterpressekorrespondenz (Arprekorr)*, die fast täglich erschien, riefen wir zu Arbeiter- und Soldatenräten auf; wir wandten uns an die prokommunistischen Arbeiter an der SED-Basis, die gegen ihre Füh-

rung revoltierten. Wir riefen dazu auf, eine neue leninistische egalitäre Partei zu gründen. Obwohl wir zahlenmäßig schwach waren und die überlegenen materiellen Ressourcen der Imperialisten, die massiv für die Konterrevolution mobilisierten, gegen uns standen, war unser Einfluss enorm. Gorbatschow selbst enthüllte in einem Interview zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, dass für ihn der Wendepunkt, an dem er entschied, die Wiedervereinigung schnell durchzuziehen, um „Destabilisierung“ zu vermeiden, der 3. Januar 1990 war. An diesem Tag fand ein Massenprotest in Berlin-Treptow statt, an dem sich 250 000 beteiligten, eine Einheitsfront, die von uns Trotzlisten nach der faschistischen Schändung des sowjetischen Ehrenmals initiiert worden war. Treptow war ein Protest gegen die faschistische Bedrohung und für die Verteidigung von DDR und Sowjetunion. Die SED-PDS-Führung war gezwungen, diesen Protest aufzugreifen und mit aufzubauen. Redner der TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands) und der Spartakist-Gruppen, beide Vorläufer der SpAD, sprachen vor der Menge und erklärten unser trotzkistisches Programm der proletarisch-politischen Revolution, das dem stalinistischen Ausverkauf und der Kapitulation direkt entgegenstand. Zur Volkskammerwahl im März 1990 kandidierten wir als Einzige klipp und klar mit „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“

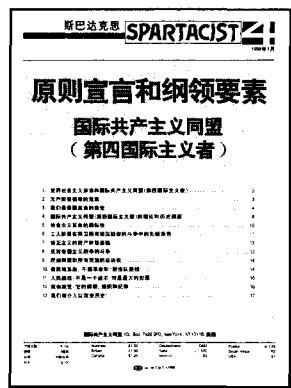
DKP, KPF und *junge Welt* und andere, die heute über die Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung klagen, taten nicht das Mindeste für die Verteidigung der DDR. Sie halfen vielmehr sicherzustellen, dass der Arbeiterstaat zerstört wurde. Die DKP zerfiel parallel zur Honecker-Bürokratie. Die KPF wurde mit Gysis aktiver Unterstützung gegründet, um zu verhindern, dass es linke Abspaltungen von der SED/PDS in unsere Richtung gab. Sie war die linke Flanken-deckung für Gysis/Modrows Ausverkauf der DDR.

Trotzki nannte Stalin den „Totengräber der Revolution“; dessen Erben á la DKP stehen ihm diesbezüglich in nichts nach. Wenn die DDR und die Sowjetunion eines zeigten, dann das, dass wir Trotzlisten, die bis zur letzten Barrikade dafür kämpften, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen, die wahren Kommunisten sind! Das ist wichtig für die kommende Schlacht über das Schicksal des chinesischen Arbeiterstaats, ein Kampf, dessen Ausgang eine welthistorische Bedeutung für das internationale Proletariat hat. Entscheidend dabei ist der Kampf für die Wiederschmiedung der IV. Internationale, den wir von der SpAD und der IKL entschlossen führen. ■

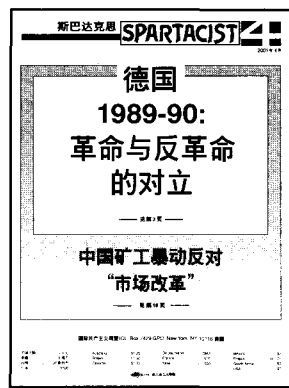
In chinesischer Sprache erhältlich:



Die Ursprünge des chinesischen Trotzkismus



Grundsatzserklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga



1989/90: Revolution und Konterrevolution in Deutschland



Enthält: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Diese und weitere Broschüren in chinesischer Sprache zu beziehen über die Verlagsanschrift. Preis jeweils € 1,-

SPARTAKIST

Junge Welt, KPF, DKP: Alternative Strategien für deutschen Imperialismus

Tibet und die deutsche Linke



Junge Welt Sonnabend/Sonntag, 5.16. April 2008, Nr. 80

Die Tagesausgabe
junge Welt

Freiheit für Leibeigene

Zur Geschichte des Dalai Lama: Das Adelsregime in Tibet sah bis Ende der 50er Jahre für Untergebene Rechtlosigkeit und grausame Strafen vor

Aber während die Einwohnerzahlen und die Produktion zurückgingen, stiegen die Ansprüche des Adels. Mit den ausländischen Einflüssen kam das Verlangen nach Industriewaren, ausländischen Weinen und den verschiedensten Luxusartikeln, aber sie brachten keine Veränderung im System der Produktion und der Verteilung, die allgemeinen Wohlstand vergrößert hätte. Ausaugen und immer noch mehr aussaugen – das war die einzige Antwort dieser in der Vergangenheit verankerten Gesellschaft.

Man kann sich keine Vorstellung vom tibetischen Feudalismus machen, wenn nicht wenigstens kurz auf die Methode

◆ Antiquariat

des Auspeitschens eingegangen wird. Es ist oft darüber geschrieben worden, daß Menschen bei lebendigem Leibe die Haut abgezogen wurde, daß man ihnen die Augen ausdrückte, sie verstümmelte und die Sehnen durchschnitt. Das



deckte hergestellt und noch zur Hälfte mit verschimmeltem Gerstenbrot und Buttertee gefüllt war. Die unglücklichen tibetischen Leibeigener lebten in ständiger Furcht vor den »anderen«, wie sie die Adligen nannten.

Wußte man im Ausland schon nicht viel von der Lage der Leibeigener in der tibetischen Landwirtschaft, so war noch weniger über jenes Fünftel des tibetischen Volkes bekannt, das in den hohen Weideregionen oberhalb von Lhasa und Schigatse mit Hüten von Ibs und Schafen sein Dasein fristete. Vor noch nicht allzu vielen Jahrhunderten mußten diese Hirten freie Nomadenstämme gebildet haben. Von deren Stammesdemokratie haben sich jedenfalls noch Überreste erhalten. Alles spricht dafür, daß sich der Adel durch die verschiedensten Mittel nach und nach einen immer größeren Teil der Erzeugnisse und des Jungviehs aneignete und Eigentümer aller Weiderechte wurde. (...)

Die Kernfrage, die die chinesische Revolution im tibetischen Teil Chinas

Beijing, 13. Juni: Steinmeier (SPD) trifft Außenminister Yang, setzt konterrevolutionären „Menschenrechtsdialog“ erneut in Gang. Rechts: junge Welt kritisiert Dalai Lama, aber verteidigt China nicht gegen Konterrevolution

Quer durch das gesamte politische Spektrum steht China zunehmend im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit – vom offiziellen Empfang des Dalai Lama durch Kanzlerin Merkel letzten September, dem ein Besuch des Dalai Lama bei US-Präsident Bush folgte, bis zum antikommunistischen

Nieder mit Provokationen von Dalai Lama und Imperialisten!

Aufschrei über Tibet und „Menschenrechte“ im Vorfeld der Olympischen Spiele. Das schreckliche Erdbeben in der Provinz Sichuan, das mindestens 85 000 Tote oder Vermisste zur Folge hatte, überschattete zeitweilig die Tibet-Frage. Die deutsche Bourgeoisie ist sowohl über die Frage gespalten, wie sie am besten ihre Interessen gegenüber ihren imperialistischen Rivalen USA und Japan verfolgt, als auch darüber, wie sie am besten die konterrevolutionäre Zerstörung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats China vorantreiben kann. So wetterte zum Beispiel der Präsident des Bundesverbands des deutschen Groß- und Aussenhandels Anton

Börner gegen den Protest Chinas aufgrund von Merkels Empfang für den Dalai Lama: „Es gibt keinen Grund für uns, einen Kotau vor China zu machen“ (*focus.de*, 27. November 2007). Der Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie Jürgen Thumann dagegen sagte in einer Presseerklärung vom 20. April: „Die Wirtschaft setzt auf Dialog, anstatt China mit lauter Kritik in eine geschlossene Abwehrfront gegen den Westen zu treiben... Nur in einem offenen und international integrierten China können Kräfte entstehen, die den internen Diskurs im Sinne einer Zivilgesellschaft stärken. Daran liegt auch den weit über 2000 deutschen Unternehmern, die in China aktiv sind.“ Die Spaltung spiegelt sich auch darin wider, dass der SPD-Außenminister Steinmeier letztes Jahr Merkel für den Empfang kritisierte, die SPD-Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul dagegen den Dalai Lama bei seinem letzten Besuch im Mai zu einem persönlichen Treffen einlud.

Die Tibet-Frage hat auch die pseudosozialistische Linke in Deutschland gespalten. Vom pabloistischen Revolutionär Sozialistischen Bund über die Taaffe-Anhänger der Sozialistischen Alternative bis zu den Cliff-Unterstützern von *marx21* und der Gruppe Arbeitermacht heulen die pseudo-trotzkis-

Fortgesetzt auf Seite 21

**Verteidigt den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China!
Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der Bürokratie!**